

empirica

Wirtschaftsforschung und
Beratung GmbH

Kurfürstendamm 234
10719 Berlin

Fon: 030 / 884 795-0

Fax: 030 / 884 795-17

**Programmbegleitung des Bund-Länder-Programms
„Soziale Stadt“ – Modellgebiet „Halle-Silberhöhe“,
Sachsen-Anhalt**

Endbericht – Anhang

im Auftrag des

Deutschen Instituts für Urbanistik und der Stadt Halle/Saale

Verfasser:

Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier, Stefan Geiss, Julia Kemper

Projektnummer: 20050-2
Berlin, Mai 2002

Inhaltsverzeichnis

I.	ORGANISATIONSFORMEN FÜR DIE STADTTEILENTWICKLUNG	1
1.	Organisationsstrukturen für die Stadtteilentwicklung in Halle	1
2.	Best-Practice aus anderen Städten	6
3.	Aufgaben und mögliche Lösungsansätze für Halle	17
II.	PROJEKTRECHERCHEN ZUM THEMA „LOKALE ÖKONOMIE“	21
1.	Vermittlung, Qualifizierung und Beschäftigung	22
2.	Stärkung ansässiger Unternehmen	42
III.	KARTEN ZUM MODELLGEBIET	47
IV.	SACHSTANDSBERICHT ZUR PROJEKTINITIIERUNG „SERVICESTATIONEN SILBERHÖHE“	54
1.	Vorbemerkung	54
2.	Ausgangslage Halle-Silberhöhe	54
3.	Ziel des Projektes	55
4.	Initiierung des Projektes	55
5.	Kooperationspartner	56
6.	Stand der Projektumsetzung	57
7.	Notwendiges Vorgehen	58
8.	Exkurs: Wie könnte die praktische Projektumsetzung für die Wohnungsunternehmen aussehen?	61
9.	Kontaktpersonen	62

V.	ERGEBNISPROTOKOLL DES PROJEKTWORKSHOPS „SERVICESTATIONEN SILBERHÖHE“ AM 14. DEZEMBER 2001	64
VI.	BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN – AUSGEWÄHLTE ZEITUNGSARTIKEL	66
1.	„Die Platte geht, der Park kommt“	66
2.	„Stadt will durch Abriss die Chancen der Platte erhöhen“	67
3.	„Vor allem Hochhäuser sollen weg“	68
4.	„Leerstand in Halle wächst“	69
5.	„Konzept gegen Leerstand: Abriss und Neugestaltung“	70
6.	„Bürger: Unverständnis für Entscheidung der Stadtverwaltung“	71
7.	„Abriss auf der Silberhöhe hat begonnen: Erstes Hochhaus fällt“	72
8.	„Aufbau Ost – Die schwindende Stadt“	73
9.	„Halle: Erste `Platte´ fällt“	77
10.	„Mietern mit Sekt gedankt“	78
VII.	LITERATUR ZUM MODELLGEBIET	79

I. ORGANISATIONSFORMEN FÜR DIE STADTTEILENTWICKLUNG

1. Organisationsstrukturen für die Stadtteilentwicklung in Halle

1.1 Vorbemerkung

Halle-Silberhöhe gilt als Stadtteil mit besonderen Entwicklungsproblemen. Die Stadt geht davon aus, dass in dem Wohngebiet aufgrund der im Vergleich zu anderen Stadtteilen geringeren Attraktivität wohnungswirtschaftliche und soziale Probleme zunehmen werden. Um dieser Entwicklung zu begegnen, wurden für den Stadtteil verschiedene Maßnahmen geplant, die unter anderem durch Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert werden sollen. Mit der gleichen Intention wurde ein Antrag auf Aufnahme in die Landesinitiative „Urban 21“ gestellt, der gegenwärtig überarbeitet wird; durch Aufnahme in das Förderprogramm würden zusätzliche öffentliche Mittel für Aufwertungs- und Stabilisierungsmaßnahmen in dem Stadtteil zur Verfügung stehen.

Sowohl die sinnvolle Konzeption von Handlungsstrategien und Maßnahmen, als auch deren Umsetzung und insbesondere die Finanzierung einschließlich der Verwaltung der in der Regel durch die Stadt beantragten Fördermittel, erfordern besondere Kompetenzen und Integrationsansätze in der Stadtverwaltung. Die derzeit im wesentlichen innerhalb des Stadtplanungsamtes geschaffenen Arbeitsstrukturen sind – insbesondere wenn zusätzliche Projekte im Rahmen der Initiative „Urban 21“ gesteuert werden sollen – möglicherweise nur bedingt geeignet, solche integrativen Stadtteil-Entwicklungsansätze umzusetzen. Eines der Haupthemmnisse ist dabei die gleichberechtigte Stellung der verschiedenen beteiligten Dezernate, die einen sehr aufwendigen Abstimmungsprozess bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen erfordert. Bislang gibt es keine formelle Querschnittsebene, auf der im Auftrag der beteiligten Verwaltungsteile oder gar anderer Akteure (Bewohnervertretungen, Wohnungsunternehmen, Quartiersmanagement, Wirtschaft) Strategien und Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden.

1.2 Maßnahmen und Akteure in Halle

Gegenwärtig und in der Vergangenheit sind verschiedene Akteure an der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen für Halle-Silberhöhe beteiligt:

- Im November 1998 fand auf Anregung des *Stadtplanungsamtes* die *1. Stadtteilkonferenz* in Silberhöhe statt. Eingeladen waren Wohnungsunternehmen, Bewohner, Vertreter von Maßnahmen-trägern und Initiativen, Wohlfahrtsverbände, sowie Vertreter der „betroffenen“ Ämter, z.B. des Grünflächenamtes, des Ordnungsamtes, des Jugenddezernates und der Wirtschaftsförderung. Er-

gebnis dieser Konferenz war u.a. die Gründung eines Stadtteilausschusses, in dem u.a. die Dezenten für Planen und Umwelt, Jugend/Soziales/Gesundheit und Kultur/Bildung/Sport vertreten sind und in dem Grundsatzentscheidungen zur Stadtteilentwicklung getroffen werden. Nicht vertreten sind die Dezernate Bauen, Wirtschaftsförderung/Beschäftigung/Liegenschaften, Finanzen sowie das Referat 1.

- Auf Initiative des *Stadtplanungsamtes* werden seit 1998 *Wohnumfeldmaßnahmen* in Halle-Silberhöhe durchgeführt. Die Maßnahmen, die von der Stadt beschlossen wurden, beschränkten sich auf die städtischen Flächen, parallel führten die Wohnungsunternehmen Maßnahmen auf ihren Grundstücken durch.
- Seit Beginn der 90er Jahre sind die elf Hallenser *Wohnungsunternehmen* im sogenannten 11er-Rat organisiert, seit 1998 in der „*Wohnungspolitischen Plattform*“, an deren Sitzungen Vertreter des Stadtplanungsamtes regelmäßig teilnehmen. Im Rahmen der „Wohnungspolitischen Plattform“ wurde seitens der Wohnungsunternehmen der Wunsch nach einem Mittler zwischen Stadt und Wohnungsunternehmen formuliert. Auch die Stadt sah – insbesondere in Hinblick auf die Maßnahmen in Silberhöhe – Abstimmungsbedarf, damit z.B. verschiedene Aufwertungsprojekte im Wohnumfeld (Stadt und Eigentümer) nicht planlos nebeneinander durchgeführt werden. Sei 1998 sind auf Wunsch der Wohnungsunternehmen und des Stadtplanungsamtes Arbeitskreise zur städtebaulichen Erneuerung von Halle-Silberhöhe und Halle-Neustadt eingerichtet.
- Die Stadt hat als Ergebnis eines Wettbewerbsverfahrens die *S.T.E.R.N. GmbH* aus Berlin mit den Detailplanungen und Steuerungsleistungen der weitgehend aus Städtebaufördermitteln finanzierten Maßnahmen beauftragt. Die *S.T.E.R.N.* übernahm in der Folgezeit auch die Erarbeitung einer Wohnumfeldanalyse und Gestaltungsanalyse, auf deren Basis zum Beispiel Mindeststandards für Wohnumfeldmaßnahmen oder gestalterische Vorgaben bei der Gebäudesanierung einheitlich für alle Eigentümer festgelegt wurden.
- Parallel zur Einführung des Programms „Soziale Stadt“ wurde im Auftrag des Stadtplanungsamtes im Juni 2000 eine Entwicklungskonzeption für Halle-Silberhöhe („Städtebauliches Leitbild unter dem besonderen Aspekt des Überangebotes an Wohnraum“) von einem Hallenser Architektur- und Planungsbüro vorgelegt. Es umfasst eine Analyse der Ausgangssituation (Demographie, Wirtschaft, städtebauliche Struktur, Infrastruktur, Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Soziale Infrastruktur, Technische Infrastruktur) sowie den ersten Entwurf für einen Rahmenplan für die Stadtteilentwicklung. In dem Rahmenplanentwurf werden Leitlinien und Entwicklungsziele vor allem für die Bereiche Städtebau, Infrastruktur und Reduzierung der Wohnungsüberschüsse (Rückbau) festgelegt. In dem Rahmenplan werden Vorranggebiete (Konsolidierungsgebiete und Umstrukturierungsgebiete) und Nachranggebiete (Abbruch vorhandener Baustrukturen, Abbruch mit Erhalt in Einzelfällen) definiert.

- Konzepte und Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung wurden im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ und im Konzept zur Initiative „Urban 21“ initiiert. Die Einzelmaßnahmen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ basieren auf Bedarfsanalysen des Stadtplanungsamtes, die in Abstimmung mit den anderen Fachämtern erstellt wurden. Für die Gebietsbetreuung und Abwicklung ist eine Mitarbeiterin des Sachgebietes „Grünordnungs-/Landschaftsplanung zuständig; sie hat die Einzelprojekte mit den Wohnungsunternehmen und mit den beteiligten Dezernaten abgestimmt, die Planungen durchgeführt bzw. beauftragt und die Finanzierungskonzepte erstellt. Die Einzelmaßnahmen werden im Anschluss an die Konzeption und Antragsformulierung in den Ausschüssen beraten und einzeln vom Parlament beschlossen.
- Als inhaltliche Fortführung der im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ geplanten Aktivitäten wurde im Zuge der Antragstellung zur Landesinitiative „Urban 21“ ein integriertes Gesamtkonzept erarbeitet, in dem verschiedene Maßnahmen aus den Bereichen Städtebau und Wohnumfeld, Soziales und Bewohneraktivierung/Empowerment, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung konzipiert wurden. Das im Rahmen der Antragstellung formulierte Konzept wurde von der S.T.E.R.N. GmbH im Auftrag des Stadtplanungsamtes erstellt.

1.3 Vorläufige Bewertung der Organisationsstruktur in Halle

Derzeit ist die Organisation von Strategien und Maßnahmen („Wohnumfeldprogramme“, Soziale Stadt, Urban 21) auf der Sachgebietesebene im Stadtplanungsamt angesiedelt. Aus dieser Struktur ergeben sich eine Reihe von Stärken und Schwächen bei der Umsetzung:

- Die Planungs- und Umsetzungsleistungen liegen stark in der Hand einer Person. Die Mitarbeiterin, die als Grünflächenplanerin zunächst mit der Verwaltung der städtischen Wohnumfeldprogramme betraut war, übernimmt mittlerweile die gesamte Koordinierung. Zusätzlich ist ein großer Teil der Projektkonzeptionsarbeit an dieser Stelle zusammengefasst. Das Stadtplanungsamt „sammelt“ in der Regel die Projektideen aus dem Stadtteil, von den Wohnungsunternehmen oder von den beauftragten Gebietsbetreuern (S.T.E.R.N.). Antragstellung und Finanzierungsplanung liegen beim Stadtplanungsamt, dass auch die jeweiligen Ausschuss- und Parlamentsvorlagen vorbereitet.
- In der jetzigen Verwaltungsstruktur ist die Abwicklung stark vom „good will“ anderer Akteure abhängig, das betrifft als wichtigste Akteure auch die Wohnungsunternehmen und andere Fachämter. Fachämter und Dezernate, die formell für bestimmte Aufgaben zuständig sind (z.B. das Baudezernat), können Vorstellungen aus der Planung stark behindern. Dies gilt vor allem, weil die Statteilentwicklung über keinen eigenen Haushalt verfügt, sondern die Eigenanteile zu den Fördermitteln je nach Maßnahme aus den Haushalten der entsprechenden Ämter bereitgestellt werden müssen.

- Der integrative Ansatz, wie er sowohl im Programm „Soziale Stadt“ als auch im Programm „Urban 21“ gefordert ist, findet keinen formellen Niederschlag in der Verwaltungsstruktur. Die Vernetzung der verschiedenen Akteure hängt stark vom persönlichen Engagement der Mitarbeiterin im Stadtplanungsamt ab. Im Ergebnis scheint eine starke Orientierung auf Einzelprojekte stattzufinden.
- Die als Partner für ein integriertes Entwicklungskonzept wichtigen Wohnungsunternehmen sind nicht formell in den Entscheidungsprozess eingebunden. Zwar findet über die „Wohnungswirtschaftliche Plattform“ ein regelmäßiger inhaltlicher Austausch statt, es gibt jedoch kein mit größeren Kompetenzen ausgestattetes Gremium, indem im Auftrag aller Akteure verbindliche Beschlüsse bzw. Beschlussvorlagen zur Stadtteilentwicklung gefällt bzw. vorbereitet werden können.
- Angesichts der erforderlichen Intensivierung der Steuerungsleistungen, die zum einen aus einer möglichen Zunahme von Maßnahmen und Finanzvolumen durch die Initiative „Urban 21“ zum anderen durch die im Programm „Soziale Stadt“ geforderte Einrichtung eines Quartiersmanagements resultiert, stoßen die bisher vorhandenen Verwaltungsstrukturen an ihre Kapazitätsgrenzen.

Gemessen an den zu leistenden Aufgaben scheint die geschaffene Struktur aus den genannten Gründen nicht optimal. Die in den Programmen „Soziale Stadt“ und „Urban 21“ formulierten Ansätze zur Stadtteil- und Nachbarschaftsentwicklung stellen – gemessen an den bisherigen Routinen und Handlungsweisen der kommunalen Akteure – eine weitreichende Innovation dar. Sie ist nur durchsetzbar, wenn sie in ihrem auf radikale Dezentralisierung, Querschnittsorientierung und Privatisierung ausgerichteten Grundgedanken von den vielfältigen Akteuren nicht nur auf einer intellektuellen Ebene mitgetragen wird, sondern als Ziel verinnerlicht wurde. Es müssen im Einzelfall Zuständigkeits- und Ressortgrenzen überwunden werden. Darüber hinaus kommt es vielfach darauf an, Verantwortung nach „unten“ abzugeben und Autonomiespielräume auf der Bewohnerebene zuzulassen.

Wenn bei allen Beteiligten die Nachbarschaftsentwicklung als Ziel präsent sein muss, bedeutet das im Einzelfall:

- Lokalpolitiker können des öfteren nicht mehr darauf verweisen, dass diese oder jene gute Tat auf einen Antrag ihrer Fraktion, ihr hartnäckiges Ringen für die Interessen des Stadtteiles oder ihr Abstimmungsverhalten im Rat zurückzuführen ist.
- Verwaltungen müssen lernen, dass Bewegung im Stadtteil wichtiger sein kann als die hundertprozentige Erfüllung ihrer fachlich-funktionalen Zielvorstellungen. Baudezernent und Planungsamtsleiter müssen beispielsweise ihre gestalterischen Ansprüche im Zweifel zurückstellen, um eine Selbsthilfebauprojekt nicht im Keim zu ersticken. Oder der Leiter des Grünflächenamtes sollte die Pflege öffentlicher Grünflächen durch eine Gruppe Jugendlicher ermöglichen, auch wenn die Qualität unterhalb einer professionellen Pflege bleibt.

- Zuständige in Wohnungsbaugesellschaften, Schulen, Kommunalverwaltungen, Polizeidienststellen müssen ein breiteres Aufgabenverständnis entwickeln und Entscheidungsspielräume zugunsten einer Nachbarschaftsentwicklung nutzen wollen. Sie müssen experimentierfreudig bisherige Routinen durchbrechen und dafür Verantwortung übernehmen, auch wenn nicht immer absehbar ist, ob sich ein Erfolg einstellt.

Vor diesem Hintergrund kann die Stadtteil- und Nachbarschaftsentwicklung nicht als ein kommunales Entwicklungsprojekt unter anderen vorangetrieben werden. Sie muss beständig in ihren Grundlagen, Voraussetzungen und Zielsetzungen kommuniziert werden und vor allem einen starken politischen Rückhalt haben.

2. Best-Practice aus anderen Städten

2.1 Übersicht über die Organisationsstrukturen zur Stadtteilentwicklung in anderen Städten

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Stuttgart Freiberg / Mönchfeld	Großwohnsiedlung ca. 10.000 EW	<p>Gesamtleitung (Amt für Stadterneuerung)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherung des organisatorischen Rahmens - Zusammentragung und Aufbereitung der Informationen - Materialzusammenstellung für begleitende Evaluation <p>Interdisziplinäre Projektgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausarbeitung Leitbilder / Handlungskonzepte - Auswahl Stadtteilmanager - Empfehlungen an Dienststellen <p>Stadtteilmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bewohnerbefragungen (Sommer 1999) - Offene Bürgerbeteiligung (11/99 – 02/00) - Kontaktstelle Stadtteilbüro 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Investive ‚Leitprojekte‘ sind genehmigt ▪ Stadtteilmanager nehmen 10/00 ihre Arbeit auf, Stadtteilbüro wird von 14-21 Uhr geöffnet sein 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenarbeit und Konzeptentwicklung mit der Bevölkerung (auch mit Problemgruppen, Jugendlichen), hohes Interesse vorhanden ▪ Schaffung von Arbeitsplätzen im Quartier ▪ Finanzieller Verfügungsrahmen für Quartiersmanager gewährt, Möglichkeit von Ad-hoc-Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ alte Verwaltungsvorschriften machen ressortübergreifende interdisziplinäre Ansätze sehr schwierig ▪ Genehmigungsprobleme bei nicht-investiven Maßnahmen ▪ Fehlender Kooperationswille bei den Wohnungsbaugesellschaften ▪ Geringer Austausch mit anderen Kommunen

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Kiel Mettenhof	Großwohnsiedlung ca. 20.000 EW	<p>Gesamtleitung (Kieler Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft, GmbH mit Minderheitsbeteiligung der Stadt Kiel)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzabwicklung der Maßnahmen Soziale Stadt <p>Interdisziplinäre Arbeitsgruppe (Leitung Amt für Wohnungsbau und Wohnungswesen)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Forum aus Verwaltung, Sanierungsträger und Stadtteilbüro ▪ Konzepterarbeitung ▪ Entscheidung der Ideen auf ‚Makro-Ebene‘ über Mitteleinsatz, Antragstellung <p>Stadtteilbüro / -management</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von Bürgerprojekten, Vertretung dieser in der Interdisziplinären Arbeitsgruppe ▪ Begleitung der Infrastrukturprojekte ▪ Aktivierung der Bürger, Kontakt mit Vereinen, Vernetzung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau auf Erfahrungen des Programms Urban21 ▪ Stadtteilbüro seit 01/00 in Betrieb 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Intensiver Austausch/Netzwerk mit anderen Kommunen ▪ Starke Bürgerbeteiligung, Interesse vor allem bei Kindern und Jugendlichen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kein autonomer finanzieller Verfügungsrahmen des Stadtteilbüros ▪ Wenig finanzielle Spielräume in den Fachämtern aufgrund der städtischen Haushaltskonsolidierung, daraus resultierend Genehmigungsprobleme

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Magdeburg Neustädter Feld	Großwohnsiedlung ca. 9.300 EW	AG Gemeinwesen (Leitung Jugendamt) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verwaltung, Bürgerinitiative, Streetworker und Wohnungsbau-gesellschaften Beteiligung eines privaten Büros <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstellung Stadtentwicklungskonzept, Urban21-Konzept ▪ Vorbereitung vorbereiten ▪ Förderanträge/Ideen im Auftrag der Stadt vorbereiten, Ausarbei-tung von Alternativvorschlägen Stadtteilmanagement <ul style="list-style-type: none"> ▪ Internationaler Bund e.V. betreibt im Auftrag des Jugendamtes schon einen Jugendclub im Quartier und ist mit dem Aufbau eines Stadtteilbüros beauftragt ▪ Aus Bürgerinitiative zwei Arbeitslose über ABM als Quartiersma-nager angestellt ▪ Wohnungsgesellschaft stellt Räume zur Verfügung ▪ Fördermittel der Stadt für Büroeinrichtung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 1999 erfolgten in-vestive Maßnah-men wie Umbau Kita und Spiel-plätze ▪ 2000 wird Stadt-teilmanagement aufgebaut ▪ Quartiersmanager nehmen ab 11/00 ihre Arbeit im Stadtteil auf 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Privates Büro rechnet die Arbeitsleistung auf Stunden-basis ab, Kostenersparnis ▪ Durch Nutzung der Netzwer-ke von IB und Bürgerinitiati-ve für Quartiersmanagement wird Akzeptanz erhöht ▪ Installation des Quartiers-managements beweist gute Zusammenarbeit privater und kommunaler Akteure 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kein Mitspracherecht des Privaten Büros, nur be-ratende Funktion, Empfeh-lungen

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Saarbrücken Nauwieser Viertel	Gründerzeitquartier ca. 3.600 EW	<p>Gesamtleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtplanungsamt <p>Beteiligung privater Büros</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstellung eines integrierten Handlungskonzepts <p>Lenkungsgruppe</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachfolgeorganisation (Gründung 09/00) des ‚Runden Tisches‘, Neustrukturierung der Verwaltung angestrebt ▪ Ziele: interdisziplinäre Zusammenfügung der Ressourcen, Synergieeffekte, Installierung einer Projektleitung mit eigener Weisungsbefugnis 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 11/99 Auftaktworkshop mit allen Dezernaten und Fachämtern der Verwaltung ▪ Konzeptionsphase ▪ Integriertes Handlungskonzept für 10/00 erwartet 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ noch kein Konzept zur Implementierung des Quartiersmanagements ▪ Ziele der neu gegründeten Lenkungsgruppe werden von der Gesamtleitung als wenig realistisch beurteilt ▪ Wenig Verankerung und Beteiligung der Bewohner

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Krefeld Krefeld-Süd	Gründerzeitquartier ca. 18.000 EW	Gesamtleitung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermessungs- und Katasteramt Kommunales Handlungskonzept <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorarbeit: Erstellung Stadtteilprofil durch das ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW) ▪ Ausarbeitung Kommunales Handlungskonzept durch vier Arbeitsgruppen, die sich aus Verwaltungsangestellten, Ratsmitgliedern, Bürgervereinen, IHK, Kirchen, Unternehmern, Schulleitern, Arbeitsamtsvertretern, Architekten und der FH Niederrhein zusammensetzten Stadtteilmanagement <ul style="list-style-type: none"> ▪ Politische Vertreter und Verwaltung haben sich gegen ein Stadtteilbüro und fest angestellte Projektmanager entschieden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aus dem kommunalen Handlungskonzept wurden insgesamt 22 Projekte beschlossen und Fördermittel beantragt, Umsetzung der ersten Maßnahmen beginnt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verknüpfung von investiven Maßnahmen mit der Förderung von Beschäftigung im Quartier (ABM, FSJ, Qualifikationsmöglichkeiten für Arbeitslose), intensive Zusammenarbeit mit Zentralstelle für Beschäftigungsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ kein interdisziplinärer Denkansatz in der Verwaltung ▪ Stadtteilbüro und Projektmanagement durch externe Berater wurden abgelehnt, erweist sich schon jetzt als großes Problem (AG´s gibt es nicht mehr, kein lokales Forum vorhanden) ▪ Keine Ausarbeitung neuer Ideen für das Programm, lediglich schnellere Bearbeitung schon vorher geplanter Maßnahmen

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Chemnitz Schlosschemnitz	Gründerzeitquartier	<p>Projektgruppe Soziale Stadt</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtplanungsamt (Leitung), Bauamt, Jugendamt und zukünftig Stadtteilmanager ▪ Weitgehende Autonomie über die Verwaltung der Fördermittel auf Grundlage eines von Stadtrat verabschiedeten Grobkonzepts, Finanzierung <p>Plantag</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei Bedarf zusammentretender Lenkungsausschuss aus Bürgermeister und Verwaltungsleitern ▪ Genehmigung von großen investiven Maßnahmen der Projektgruppe <p>Stadtteilmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Enge Kooperation mit TU Chemnitz über die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft e.V. ▪ Honorarvertrag mit der AG über Betrieb eines Stadtteilbüros, es werden eine Doktorandin und eine Studentin angestellt ▪ Eigenverantwortlicher Fonds Stadtteilbüro für soziale Maßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtteilbüro wird im Herbst 2000 eingerichtet und bezogen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wissenschaftliche Begleitung und Kooperation mit TU ▪ Klare Kompetenz-Aufteilung und ‚kurze‘ Verwaltungs- und Entscheidungswege ▪ Direkte Integration des Bürgermeisters in die Entscheidungskompetenz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geringe Partizipation von Bevölkerung und sozialen Trägern

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Augsburg Oberhausen-Nord	Genossenschafts-siedlung 20er/30er Jahre ca. 4.500 EW	Projektsteuerung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Intern: Stadtplanungsamt, in Kooperation mit anderen Dezernaten Verabschiedung eines ressortübergreifenden Handlungskonzeptes ▪ Extern: Privates Büro, das die Lenkungsgruppe und Stadtteilarbeitskreise moderiert, zusätzliche private Gutachter und Planungsbüros beauftragt, Finanzmanagement und Controlling betreibt ▪ Gemeinsam: Beantragung von Projektmitteln und Abstimmung mit übriger Verwaltung Lenkungsgruppe <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entscheidungsgremium aus Projektsteuerung, Dezernatsleitern und Wohnungsgesellschaft Stadtteilarbeitskreise <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lokales Forum im Quartier mit sozialen Trägern, Bewohnervertretern, Unternehmern, Quartiersmanager, Wohnungsgesellschaft und Verwaltung Stadtteilmanagement <ul style="list-style-type: none"> ▪ keine Ausschreibung des Quartiersmanagements sondern Integration in bestehende soziale Trägerschaft eines im Quartier tätigen Vereins (e.V.) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Handlungsstrategien sind erstellt ▪ Externe Projektsteuerung seit 07/00 tätig ▪ Quartiersmanagement wird im Herbst/Winter 2000 installiert 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Quartiersmanagement knüpft an das Netzwerk des Vereins an ▪ Bestehende Kooperation mit Kirchen und sonstigen sozialen Trägern wird ausgebaut ▪ Einbindung der Wohnungsgesellschaft in Entscheidungsfindung führt zu Synergien bei der gleichzeitigen Sanierung der Bausubstanz (welche nicht Teil des Programms Soziale Stadt ist) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ressortübergreifende Strategien stoßen teilweise auf negative Resonanz in den Fachämtern

Stadt/Gebiet	Gebietstyp	Kernelemente / Organisationsstruktur	Umsetzungsstand	Stärken / Vorteile	Schwächen / Defizite
Mannheim Frischer Mut	Wohngebiet 50er Jahre ca. 2.000 EW	Koordinierung (Amt für Stadterneuerung) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verantwortung für investive Maßnahmen Gemeinsame Arbeitsgruppe <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachämter, Verwaltung und Arbeitsamt Stadtteilmanagement <ul style="list-style-type: none"> ▪ Soll in freier Trägerschaft erfolgen, ein Sozialarbeiter (aus dem Jugendamt ausgegliedert) und eine FSJ-Stelle 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Derzeit Verhandlungen mit dem Land bezüglich Deckung sozialer Maßnahmen ▪ Termin für Beginn des Quartiersmanagement noch unklar 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzierungsprobleme: soziale Maßnahmen in Zuständigkeit des Jugendamts, dort aber keine Gelder vorhanden ▪ Geringe Integration der Bevölkerung

2.2 Beispiel Rostock

Umfangreiche Erfahrungen mit der Verwaltung von Stadtteilentwicklungsprozessen bestehen in Rostock. Die Stadt Rostock hat bereits zu Beginn der neunziger Jahre die RGS (Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH) als 100 %-Tochter der Stadt gegründet. Diese Gesellschaft war zunächst vorwiegend als Sanierungsträger tätig. 1995 erhielt die Stadt den Zuschlag für das Gebiet „Kröpeliner-Tor Vorstadt“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Urban. Die RGS bekam von der Stadt den Auftrag, eine Geschäftsstelle in dem Gebiet aufzubauen, einen Rahmenplan für die Gebietsentwicklung zu erstellen und die im Zuge des Rahmenplanes definierten Handlungsziele, Strategien und Maßnahmen vor Ort umzusetzen.

Die Gesellschaft entwickelte im Zuge dieser Arbeiten die Kompetenz, komplexe Stadtteilentwicklungsstrategien und Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen. Drei Faktoren trugen dabei entscheidend zum Gelingen bei:

- Zum einen entwickelte die Geschäftsstelle einen starken Ortsbezug, d.h. sie nahm sich verantwortlich der verschiedensten Probleme an und versuchte diese selbst zu lösen bzw. eine Lösung zu initiieren. Sie arbeitete dabei als stark integrierendes Element, weil durch diese „Zuständigkeit für Alles“ verschiedene Aspekte der Stadtteilarbeit miteinander vernetzt wurden.
- Zweitens bestand auf der Ebene der eingesetzten Personen eine starke Kompetenz und eine enge Verbindung zur Stadtverwaltung. Der Geschäftsstellenleiter hatte als ehemaliger Verwaltungsangestellter gute Kenntnisse der Verwaltungsstruktur und verfügte über zahlreiche persönliche Kontakte in die Verwaltung.
- Drittens konnte die Geschäftsstelle durch die Anbindung an die RGS auf ein breites Know-how über Projektsteuerung und finanzielle Abwicklung von Maßnahmen sowie auf die Beantragung von Fördermitteln zurückgreifen.

Die positiven Erfahrungen mit dem Einsatz der Entwicklungsgesellschaft im Gebiet „Kröpeliner-Tor Vorstadt“ haben die Stadt dazu bewogen, die RGS auch mit der Durchführung des Programms „Soziale Stadt“ für das Plattenbaugebiet „Groß Klein“ zu beauftragen. Die RGS leistet dabei im ersten Schritt vor allem die konzeptionelle Vorarbeit für die verschiedenen Bestandteile eines Aufwertungskonzeptes für die Siedlung. Dazu gehört zum Beispiel:

- Die Erstellung eines Rahmenplanes für das Gebiet
- Die Abstimmung aller Maßnahmen mit den Wohnungsunternehmen
- Die Erstellung eines Ablauf- und Finanzierungsplanes für alle Maßnahmen

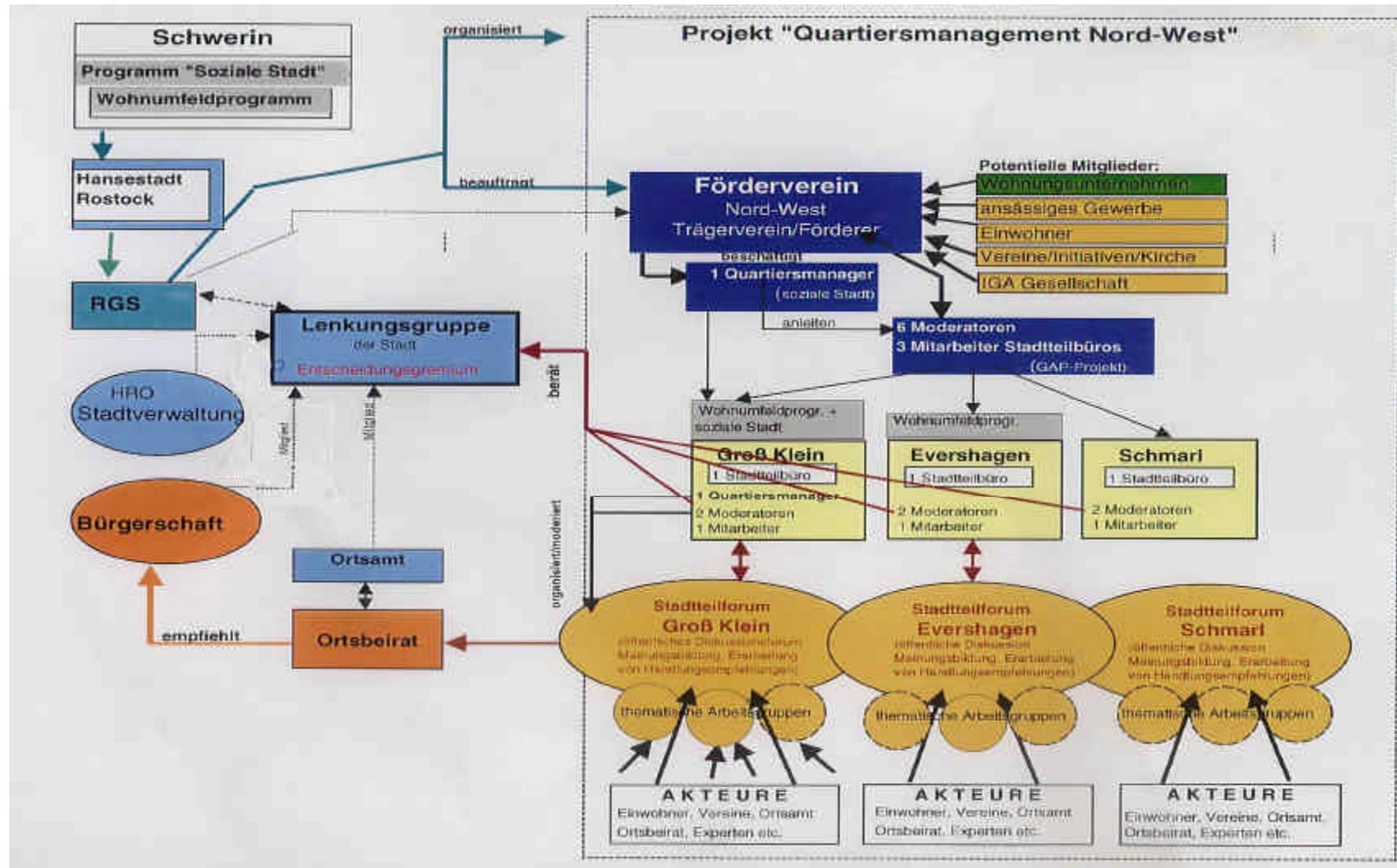
- Die Festlegung eines Ablaufplanes auf der Gesamtgebietsebene
- Die Koordinierung der Arbeiten mit den Wohnungsunternehmen, d.h. z.B., dass Verträge mit den Wohnungsunternehmen geschlossen werden, die diese verpflichten, parallel zu den im jeweiligen Quartier stattfindenden Maßnahmen im Wohnumfeld die Gebäudesanierungen durchzuführen.

Um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtteilentwicklung weiter zu optimieren, wurde von der RGS in Rostock ein Organisationsmodell entwickelt, in dem die Kompetenz-, Entscheidungs- und Arbeitsverteilungen festgelegt werden. Das auf der folgenden Seite dargestellte Modell befindet sich gegenwärtig im Abstimmungsverfahren; es zeichnet sich durch folgende Komponenten aus:

- Das zentrale Entscheidungsgremium auf der Gesamtstadtebene ist eine mit Mietgliedern der Bürgerschaft, dem Ortsamt, der Stadtverwaltung und der Durchführungsgesellschaft (RGS) besetzte Lenkungsgruppe. In der Lenkungsgruppe werden z.B. Grundsatzbeschlüsse gefasst und Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet.
- Die zentrale Umsetzungsinstanz (RGS) ist aus der Stadtverwaltung ausgegliedert. Sie leistet die wesentliche Koordinations- und Organisationsarbeit und ist ein Bindeglied zwischen den Strukturen vor Ort und der Stadt. Da für diese Aufgabe bestehende Ressourcen aus dem Kernaufgabenbereich der RGS genutzt werden, entsteht ein relativ geringer personeller Aufwand (in der Umsetzungsphase ca. 1.5 Mitarbeiter).
- Zentrale Instanz vor Ort ist der Quartiersmanager. Dem Quartiersmanagement sind in den drei Siedlungen des Nordwestens jeweils Stättebüros zugeordnet, in denen drei Mitarbeiter die Umsetzung der Maßnahmen begleiten. Sie stellen das Bindeglied zwischen den (vorhandenen) lokalen Akteuren und der Lenkungsgruppe dar.
- Das Quartiersmanagement ist personell an einen Förderverein angebunden, der sich aus den wichtigsten lokalen Gruppen und Institutionen zusammensetzt. Zentrale Gruppe sind dabei die Wohnungsunternehmen. Der Förderverein kann gegebenenfalls durch eine direkte Anbindung des Quartiersmanagements an die RGS ersetzt werden.

Die Leistungsfähigkeit des Systems resultiert dabei insbesondere aus der Vorstrukturierung und inhaltlichen Unterstützung durch die städtische RGS. Ähnlich wie bei der Umsetzung der Urban-Maßnahmen stellt sie das notwendige Know-how zur Verfügung, um Strategien und Maßnahmen professionell zu planen und durchzuführen.

Abbildung 1: Organisationsstrukturen Quartiersmanagement "Nord-West"



Quelle: Stadt Rostock

empirica

3. Aufgaben und mögliche Lösungsansätze für Halle

3.1 Die Nachbarschaftsagentur oder das Quartiersmanagement als Organisation

Die Stadtteil-, Nachbarschafts- oder Quartiersentwicklung braucht eine starke Präsenz im Gebiet und muss möglichst unkompliziert verschiedene Akteure einbinden. Dabei sind ganz unterschiedliche Rechtsformen denkbar:

- Quartiersmanagement oder Nachbarschaftsagentur können als Dienststelle der Kommunalverwaltung verankert werden.
- Sie können von einem lokal verwurzelten Verein getragen werden.
- Sie können auch als echte privatwirtschaftliche Lösung in Form einer GmbH etabliert werden.

Für die Dienststelle spricht die Möglichkeit der demokratischen Kontrolle und die unkomplizierte Möglichkeit zur Übernahme von kommunalen Dienstleistungen (Bürgerbüro, Sozialhilfe etc.). Für den Verein spricht die lokale Verankerung im Stadtteil und für die GmbH die hohen Freiheitsgrade in der wirtschaftlichen Betätigung. Welche Lösung die richtige ist, lässt sich noch nicht eindeutig beantworten. Das Rostocker Modell, d.h. der Einsatz einer Lenkungsgruppe und die Unterstützung der Quartiersmanagement-Arbeit durch eine professionell arbeitende externe GmbH, ist jedoch möglicherweise auch für Halle eine geeignete Organisationsform.

3.2 Die Aufgaben, Arbeitsweise und Qualifikation eines Quartiersmanagers

Mit der Bündelung verschiedener Aufgaben unter dem Dach einer Quartiersmanagement-Agentur oder –Gesellschaft wird eine Kombination von Qualifikationen erforderlich, für die es bisher im öffentlichen Bereich kein Vorbild gibt. Es muss beispielsweise,

- Personen mit unternehmerischem Denken geben, um die Aufgaben der Nachbarschaftsagentur beständig den sich wandelnden Bedürfnissen anzupassen,
- Personen geben, die von ihrem Denken her sowohl Zugang zu Entscheidern in Politik, Verwaltung und Unternehmen finden als auch zu den Bewohnern im Stadtteil,
- Personen geben, die offensiv auf Menschen zugehen können, sie mobilisieren und aktivieren,
- Personen mit Gespür für die Durchsetzbarkeit von ungewöhnlichen Lösungen geben ,die solche Lösungen mit Geschick umsetzen können.

Der Quartiersmanager ist eine Mischung aus Sozialarbeiter, Unternehmer, Verwaltungsfachmann und politischem Repräsentanten des Stadtteils. Er ist auch Rechtsberater und Fundraiser.

3.3 Die Finanzierung sichern

Unabhängig von vorhandenen Fördermitteln, bleibt es eine zentrale Aufgabe, ein sehr flexibel einsetzbares und vor Ort zu bewirtschaftendes Budget aufzubauen. Dies kann auf ganz unterschiedlichen und zum Teil miteinander kombinierbaren Wegen geschehen:

- Überschüsse aus einer eigenen wirtschaftlichen Betätigung (Stadtteilfeste, Kneipen etc.) können genutzt werden.
- Die Kommune kann Bewirtschaftungsrechte (Jugendtreffs, Marktplatz, Sportplatz etc.) vergeben, mit der Möglichkeit, hieraus Überschüsse zu erwirtschaften und auf die Nachbarschaftsagentur zu übertragen.
- Die Kommune kann auch pauschal einen Haushaltsansatz für die Nachbarschaftsentwicklung vorsehen, den sie mit hohen Entscheidungsspielräumen auf der Stadtteilebene versieht. Die Haushaltsmittel können bzw. sollten aus vorhandenen Titeln abgezweigt werden.
- Die Nachbarschaftsentwicklung kann sich darüber hinaus aus privaten Zuwendungen finanzieren (Spenden, Sachleistungen, Tauschgeschäfte - ihr helft mir bei Problem A mit Arbeitsleistungen ich helfe euch mit Material oder Sachleistungen, Sponsoring, usw.)
- Eine besonders unabhängige und von daher geeignete Form der privaten bürgerschaftlichen Finanzierung ist mit der Gründung von Bürgerstiftungen gegeben. Hier ist es zum Beispiel denkbar, dass eine Bürgerstiftung sich mit einem Extratitel speziell einem Projekt der Nachbarschafts- oder Stadtteilentwicklung widmet.

Je nach Rechtsform der Nachbarschaftsagentur sind die einzelnen Finanzierungswege und die Kontrolle der Mittelverwendung im Detail zu betrachten.

3.4 Dauerhafte Unterstützung sichern, Netzwerkarmut überwinden

Die Stadtteile und ihre Bewohner sind vielfach vom sozialen und wirtschaftlichen Leben abgekoppelt. Sie leben in einer Art Netzwerkarmut. Eine zentrale Aufgabe ist es daher, die Netzwerkarmut zu durchbrechen. Probleme lassen sich viel leichter lösen, wenn man die richtigen Leute kennt. Der Quartiersmanager und die Nachbarschaftsagentur haben daher die Aufgabe die Nachbarschaftsentwicklung in ein Unterstützungsnetzwerk einzubetten. Auch hierfür gibt es wieder ganz unterschiedliche Lösungen, die differenziert darzustellen und zu bewerten sind:

- loses persönliches Kontaktnetzwerk des Quartiersmanagers in Kombination mit regelmäßiger Information (z. B. Rundbrief),
- als Trägerverein für eine als e.V. organisierte Nachbarschaftsagentur,
- als Beirat für die GmbH oder die kommunale Dienststelle,
- als informell organisierter Freundeskreis.

3.5 Die wohnungswirtschaftlichen Perspektiven der Siedlung klären

Die wohnungswirtschaftlichen Strategiebausteine können nur sinnvoll angegangen werden, wenn die Zukunft der Siedlung geklärt ist. Diese muss zum Teil aus der aktuell feststellbaren Umzugsneigung, sowie der Umzugs- und Zuzugsmotive abgeleitet werden. Hierbei kommt es auch darauf an, welche Haushaltstypen mit welchen spezifischen Bedürfnissen zu- oder fortziehen. Aus wohnungswirtschaftlicher Sicht können in Abhängigkeit von der konkreten Siedlung z. B. folgende Ansätze verfolgt werden:

- Freiziehen von Teilbeständen auf der Basis eines Umzugsmanagements
- Aufwertung und Nachverdichtung durch Aufstocken
- Nachverdichtung oder Ergänzung der Siedlung mit Eigentumsmaßnahmen (zum Teil mit gezielter Vermarktung an umzugswillige Haushalte aus der Siedlung)
- Anpassung der Wohnungsgrundrisse und Wohnungsausstattung an veränderte Bedürfnisse
- Anpassung und Aufwertung des Wohnumfeldes

3.6 Selbst- und Fremdimage verbessern / Sensibilisierung für die Belange des Stadtteils

Überforderte Nachbarschaften sind regelmäßig von einem Rückzug der Bewohner gekennzeichnet und von einem Mangel an Identifikation mit dem Stadtteil. Negatives Fremdimage und Selbstimage verstärken sich noch gegenseitig. Es frisst sich eine gleichgültige Haltung fest, die mit Blindheit gegenüber Missständen und auch gegenüber Verbesserungen einhergeht. Es lohnt sich nicht zu klagen und es lohnt sich nicht, sich zu engagieren. Eine erfolgreiche Nachbarschaftsentwicklung wird aus sich heraus einen Imagewandel einleiten. In manchen Siedlungen lohnt es sich jedoch, diese Lähmung mit speziellen Maßnahmen aufzubrechen.

3.7 Das bestehende Akteurs- und Leistungsgeflecht als Ansatzpunkt verstehen

Eine hohe Zahl von Akteuren ist mit einer Vielfalt von Leistungen in den Stadtteilen präsent. Von daher kann es nur in begrenztem Umfang darum gehen, neue Leistungen additiv hinzu zu fügen. Die

Nachbarschaftsentwicklung muss auch als Reformkonzept für die vorhandene Verwaltung verstanden werden. Sie muss daher an den derzeit schon erbrachten Leistungen und entsprechenden Akteuren/Organisationen ansetzen.

3.8 Kontakte zu den Bewohnern aufbauen und ihre Potentiale erkunden

Wesentlicher Bestandteil einer neuen Praxis ist es, die bisherige Angebotsorientierung in den Maßnahmen zu überwinden. Hierzu ist es erforderlich aktiv auf die Bewohner zuzugehen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und letztlich mit ihnen gemeinsam Leistungen und Maßnahmen zu planen und zu realisieren. Dies muss als Grundverständnis über alle Aktivitäten hinweg präsent und spürbar sein. Von daher sind vor Ort verschiedene Wege der Ansprache zu erproben. Das Werkstattbuch wird auch hierzu gelungene Beispiele recherchieren und in ihrer Anwendbarkeit auf unterschiedliche Aufgaben diskutieren.

II. PROJEKTRECHERCHEN ZUM THEMA „LOKALE ÖKONOMIE“

1. Vermittlung, Qualifizierung und Beschäftigung	22
1.1 Job-Box Boxhagener Platz, Seumestr. 7/8	22
1.2 Beratungsstelle Kurbel, Saarbrücken	23
1.3 Textilnäherei Edwin-Scharff-Ring 41, Hamburg Steilshoop	24
1.4 Stadtteilcafé im Zentrum von Hamburg-Steilshoop	25
1.5 Renovierungskolonie Hamburg-Steilshoop	27
1.6 JET – Jungerwachsenentreff Hamburg-Steilshoop	29
1.7 Blocksberg - Stadtteil- und Kindercafé Bremen-Osterholz	31
1.8 Hauswirtschaftliche Dienstleistungen Q-Rage Bremen-Blocksdiek	32
1.9 Arbeitsladen Hamburg-Dulsberg	33
1.10 „Big Steps“-Servicestationen Berlin, Wassertorplatz	34
1.11 Frauen-Lern-Ort Jenfeld	38
1.12 Initiative Start in den Beruf, „Kontaktseminar“, Netzwerk Halle-Merseburg	39
1.13 Infra-West Ratingen	41
2. Stärkung ansässiger Unternehmen	42
2.1 Etage 21, Hamburg	42
2.2 Haus URBAN, Saarbrücken	43
2.3 Stabilisierung des Wochenmarktes Boxhagener Platz Berlin	44
2.4 Interessengemeinschaft Potsdamer Straße Berlin-Schöneberg	45
2.5 Ein neues Image für den Fischbacherberg, Siegen-Fischbacherberg	46
3. Ausbildung und Schule¹	
4. Ansiedlung von Unternehmen	

¹ Die Punkte 3. und 4. wurden nicht weiterverfolgt, da sich in der Diskussion mit den verantwortlichen Akteuren zeigte, dass in den Bereichen „Qualifizierung und Ausbildung“ sowie „Stärkung ansässiger Unternehmen“ besonderer Handlungsbedarf in Halle-Silberhöhe besteht.

1. Vermittlung, Qualifizierung und Beschäftigung

1.1 Job-Box Boxhagener Platz, Seumestr. 7/8

Initiierung

Quartiersmanagement

Handlungsfelder

Beschäftigung, Qualifizierung, Existenzgründung, Vernetzung

Projektbeschreibung

Die Job-Box ist ein Servicecenter für Ausbildung, Beschäftigung und Existenzgründung. Die bislang über den gesamten Bezirk verstreuten Beratungsdienstleistungen und Initiativen werden in der Job-Box sowohl räumlich als auch inhaltlich gebündelt. Arbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen steht so ein umfangreiches vernetztes Beratungsangebot zur Verfügung, welches unbürokratische Hilfe für Arbeitslose und potenzielle Existenzgründer anbietet.

Zielgruppe

Arbeitslose Jugendliche und Erwachsene, Existenzgründer

Finanzierung

Die Gebäudemiete wird aus Mitteln des Programms Soziale Stadt finanziert, die sonstige Finanzierung erfolgt durch die Träger.

Projektträger

Stadtbauhof GmbH (Verbundausbildung), Förderverein für arbeitslose Jugendliche „network Starthilfe“ (Beratung und Vermittlung schwer vermittelbarer Jugendlicher), ABS Brücke GmbH mit dem Projekt „JugendLok“ (Ausbildung und Betreuung von jungen Existenzgründern), Servicegesellschaft „Zukunft im Zentrum“ (Arbeitsplatzvermittlung durch Datenbank „projob“), „S.N.O.W.-Projektbüro“ (Organisation von Studienreisen und Austauschprogrammen).

Projektbeteiligte

Kooperation mit der Job-Börse in Kreuzberg und dem Arbeitsamt, Quartiersmanagement, Job-Box, Seumestr. 7/8, Tel.: 030/29049652

1.2 Beratungsstelle Kurbel, Saarbrücken

Initiierung

Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik

Handlungsfelder

Beschäftigung, Ausbildung, Qualifizierung

Projektbeschreibung

Die Beratungsstelle „KURBEL“ akquiriert durch aufsuchende Beratungstätigkeit zusätzliche Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtteil Saarbrücken-Burbach. Kleine und mittelständische Betriebe und Handwerksbetriebe werden gezielt über Fördermöglichkeiten zur Neuschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen informiert. Parallel dazu berät KURBEL arbeitslose bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Bürger aus dem Stadtteil über Leistungsansprüche und Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Außerdem unterstützt KURBEL Existenzgründer und hilft bei der Suche nach Ausbildungs- und Praktikumsplätzen.

Zielgruppe

Unternehmen, Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Stadtteilbewohner

Finanzierung

Gemeinschaftsinitiative URBAN, EFRE, Landesmittel, Stadt Saarbrücken

Projektträger

LHS, Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik (Kooperationsprojekt zwischen Arbeitsamt und Sozialamt der Stadt Saarbrücken)

Projektbeteiligte

Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Arbeitsamt, Amt für Wirtschaftsförderung, vor Ort ansässige soziale Beratungsstellen, LHS, Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik

Frau Gütlein Tel.:0681-905/1602, Herrn Fried, Tel.:0681-905-1703 , E-Mail: kommarbeit@saarbruecken.de

1.3 Textilnäherei Edwin-Scharff-Ring 41, Hamburg Steilshoop

Initiierung

Ev.-Luth. Martin-Luther-King-Kirchengemeinde Kirchengemeinde

Handlungsfelder

Beschäftigung, berufliche Ausbildung und Qualifizierung

Projektbeschreibung

Die Textilnäherei besteht seit Mitte der 80er Jahre und bietet jeweils 10 Frauen für 3 Jahre Beschäftigung. Hier arbeiten ausschließlich Steilshooperinnen, die aufgrund ihrer familiären Situation auf einen wohnungsnahen Arbeitsplatz angewiesen sind. Der größte Teil der Frauen findet eine Anschlussarbeit oder beginnt eine Berufsausbildung.

Zielgruppe

Arbeitslose und nicht-qualifizierte Frauen mit Familie, alleinerziehende Frauen

Projektträger

Ev.-luth. Martin-Luther-King-Kirchengemeinde, Gründgensstraße 28, 22309 HH, Tel.: 040-630-4024

1.4 Stadtteilcafé im Zentrum von Hamburg-Steilshoop

Initiierung

Arbeitsamt

Handlungsfelder

Beschäftigung, berufliche Ausbildung und Qualifizierung (soziale Infrastruktur)

Projektbeschreibung

Durch den Umbau zweier Erdgeschosswohnungen und eines benachbarten Büros zu einer Lehrküche bietet sich den im Stadtteilcafé arbeitenden Frauen die Aussicht, innerhalb von max. vier Jahren entweder als Hauswirtschafterin oder Bürokauffrau zu einem anerkannten Berufsabschluss zu gelangen. Darüber hinaus ist die Weiterbeschäftigung in einem weiteren Beschäftigungsprojekt, der Mensa des Steilshooper Bildungszentrums, möglich. Im Stadtteilcafé wird von 37 Steilshooperinnen zu niedrigen Preisen Frühstück, Mittagessen, Kaffee und Kuchen angeboten. Das Café, welches von den gesamten Bewohnern des Stadtteils genutzt wird, ist dienstags bis samstags bis 18:00 Uhr geöffnet.

Zielgruppe

Arbeitslose Frauen mit Familie, alleinerziehende Frauen, ausländische Frauen,

Finanzierung

BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales); aus dem anfänglich „normalen“ ABM-Projekt hat sich mit Zuschüssen aus dem Europäischen Sozialfond mittlerweile ein Ausbildungsbetrieb entwickelt. Die Zusammenlegung zweier ehemaliger Erdgeschosswohnungen und der Anbau eines Wintergartens erfolgte mit Städtebauförderungsmitteln.

Projektträger

Verein für soziale Arbeit und Forschung Hamburg e.V. (kurz SAUF)

Projektbeteiligte/Akteure

Verein für Soziale Arbeit und Forschung e.V. (SAUF), Wohnungsunternehmen, Arbeitsamt, Bewohner, etc.



Stadtteilcafé Hamburg-Steilshoop

1.5 Renovierungskolonie Hamburg-Steilshoop

Initiierung

BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Handlungsfelder

Beschäftigung, berufliche Ausbildung und Qualifizierung

(Jugendhilfe, Aktivierung)

Projektbeschreibung

Unter Anleitung von Fachhandwerkern, Lehrern und Sozialpädagogen werden jeweils für 2 Jahre 36 bis 40 Jugendliche in den Gewerken Tischlerei, Zimmerei, Malerei, Mauer- und Landschaftsbauarbeiten auf eine Umschulung, eine Ausbildung oder einen Berufseinstieg vorbereitet. Im Rahmen dieser Vorqualifizierung wird vor allem für gemeinnützige und kirchliche Einrichtungen gearbeitet. Seit 1997 kann auch eine anerkannte Ausbildung absolviert werden.

Der Neubau eines Werkhofes mit Werkstätten, Büros, Sozial- und Unterrichtsräumen und Notwohnungen für obdachlos gewordene Jugendliche wurde in Form von „Eigenleistungen“ errichtet.

Zielgruppe

Junge Erwachsene unter 25 Jahren, die mind. 3 Monate arbeitslos sind

Finanzierung

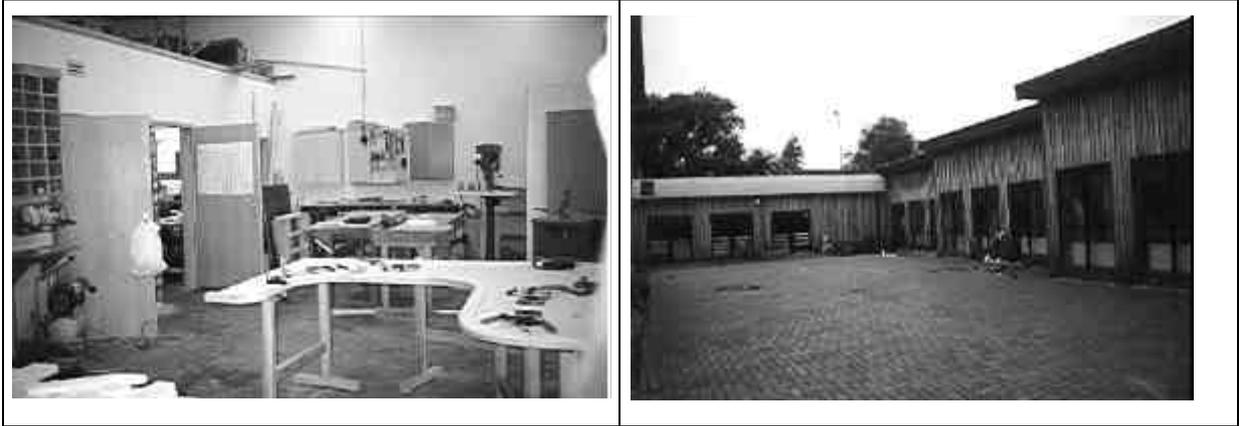
BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales); Aus Städtebauförderungsmitteln wurde eine Werkstatt gebaut. Die Gebäude entstanden zum größten Teil in Eigenleistung.

Projektträger

Verein für soziale Arbeit und Forschung HH e.V. (SAUF)

Projektbeteiligte/Akteure

SAUF, Arbeitsamt, Wohnungsunternehmen, Stadt, arbeitslose Jungerwachsene



Werkstatt der Renovierungskolonie Hamburg-Steilshoop

1.6 JET – Jungerwachsenentreff Hamburg-Steilshoop

Handlungsfelder

Beschäftigung, Soziale und kulturelle Infrastruktur, Jugendhilfe, Aktivierung und Beteiligung

Projektbeschreibung

Im 1997 eröffneten „JET“ werden neben Freizeitangeboten und Veranstaltungen im Kneipenbetrieb Speisen und Getränke kostengünstig angeboten. Jungerwachsene, die bisher von der Sozialhilfe gelebt haben, können sich hier als Tagelöhner einen legalen Zuverdienst erarbeiten bzw. als festangestellte ABM-Kräfte wieder in ein Beschäftigungsverhältnis eingeführt werden (Tätigkeitsfelder: Service, Küche, Garten, Veranstaltungsvorbereitung, Lager). Im Jet können sich die jungen Erwachsenen des Stadtteils so zwanglos und ohne Kontrolle begegnen. Weiterhin wird eine sozialpädagogische Einzelbetreuung angeboten.

Zielgruppe

Besonders angesprochen werden junge, Sozialhilfe beziehende Erwachsene zwischen 18 und 27 Jahren.

Finanzierung

Der Aus- und Umbau des Pavillons beträgt 650.000 DM. Für zwei Jahre wurde für die Leitung des Projektes und die Organisation der Veranstaltungen eine Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt und aus Landesjugendplanmitteln finanziert.

Projektträger

JET e.V. Grundgensstr. 22-24, 22309 HH; 040-631 4989, JET e.V. Gropiusring 46, 22309 HH, 040-6302503



JET-Kneipentreffpunkt

1.7 Blocksberg - Stadtteil- und Kindercafé Bremen-Osterholz

Initiierung

Fraueninitiative quirl e.V.

Handlungsfelder

Beschäftigung, Ausbildung/Qualifizierung, Lokale Ökonomie
(Soziale und kulturelle Aktivitäten, Soziale und kulturelle Infrastruktur)

Projektbeschreibung

Von Frauen aus dem Stadtteil wird ein kindgerechtes Café betrieben (kindgerechte Speisen, Getränke, Räume), welches von Eltern aus dem Stadtteil mit ihren Kindern besucht wird. Die Einsatzfelder der Frauen liegen in den Bereichen Mahlzeitenzubereitung, Reinigung, Service, Kinderbetreuung und Raummanagement. Zusätzlich wird eine Kinderbetreuung und eine Partyplanung für Kindergeburtstage angeboten, sowie 1 x pro Woche gemeinsames Kochen und Backen mit Kindern.

Zielgruppe

Sozialhilfeempfängerinnen, Ausländerinnen, Aussiedlerinnen, Alleinerziehende, Arbeitslose

Finanzierung

EU - Fördermittel ESF, Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach (AFG/SGB III), Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, sonstige Städtebauförderungsmittel, Mittel aus Landesprogrammen, Kommunale Mittel, Mittel der Wohnungsbauunternehmen, Stiftungsgelder, sonstige private Mittel

Projektträger

Fraueninitiative quirl e.V.

Projektbeteiligte

GEWOBA Bremen AG, Forum Blockdiek, Werkstatt Bremen, Träger beruflicher Bildung

1.8 Hauswirtschaftliche Dienstleistungen Q-Rage Bremen-Blockdiek

Initiierung

Fraueninitiative quirl e.V.

Handlungsfelder

Beschäftigung, Ausbildung / Qualifizierung, Lokale Ökonomie

Projektbeschreibung

Die private Dienstleistungsagentur Q-RAGE bietet arbeitslosen Frauen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in der Hauswirtschaft mit tariflicher Entlohnung, Arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung und berufsbegleitender Qualifizierung. Die Arbeitsplätze werden mit öffentlichen Mitteln subventioniert. So besteht Arbeitsschutz, Urlaubsanspruch, sowie Anspruch auf Renten-, Kranken und Arbeitslosengelder. Die Arbeiten umfassen: Hauswirtschaftliche Hilfe und Versorgung, Haus- und Wohnungspflege, Reinigungsarbeiten, Wäschepflege, Einkaufen und Nahrungszubereitung, Haus- und Haustierbetreuung bei Abwesenheit, Boten- und Behördengänge, Hilfe bei Festen und Feiern.

Zielgruppe

Sozialhilfeempfängerinnen, Ausländerinnen, Aussiedlerinnen, Alleinerziehende, Arbeitslose

Finanzierung

EU - Fördermittel ESF, Mittel der Wohnungsbauunternehmen (Mietfreiheit), kommunale Sachmittel, sonstige private Mittel

Projektträger

Fraueninitiative quirl e.V.

Projektbeteiligte

u.a. GEWOBA Bremen AG, Forum Blockdiek, Reg. Beschäftigungsbündnis Bremen/Bremerhaven

1.9 Arbeitsladen Hamburg-Dulsberg

Initiierung

Mook wat e.V.

Handlungsfelder

Beschäftigung

Projektbeschreibung

Der Arbeitsladen bietet Sozialhilfebeziehenden eine Gelegenheit zum Zuverdienen und ermöglicht ihnen somit - vor allem auf der Basis von freiwilligen, überschaubaren Tagesjobs - eine allmähliche Rückkehr in das Berufsleben. Ziel ist die Wiedereingliederung der Sozialhilfeempfänger.

Durchschnittlich 17 Tagesjobbern pro Monat bietet der Arbeitsladen die Möglichkeit, Geld dazu zu verdienen. Der Stundenlohn von 10,- DM wird nach Beendigung der Tagesarbeit in bar ausgezahlt. Es dürfen maximal 300,- DM pro Monat zur Sozialhilfe hinzuverdient werden. Die Sozialhilfe wird ohne Einschränkungen weiter gezahlt. Neben den Tagesjobbern bieten sechs Teilzeitbeschäftigte Renovierungsarbeiten und Entrümpelungen an. Für die Teilzeitbeschäftigten werden Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, um deren Einsatzmöglichkeiten zu erhöhen.

Zielgruppe

Sozialhilfeempfänger

Finanzierung

Im Rahmen des Programms „Tariflohn statt Sozialhilfe“ (BAGS) werden aus Mitteln des Landessozialamtes die Personalkosten der Sozialhilfebeziehenden getragen. Aus dem Europäischen Sozialfonds werden anteilig Personalkosten für Anleitung und Intendanz finanziert. Die Mittel für die Erstausrüstung wurden aus dem Armutsbekämpfungsprogramm bereitgestellt.

Projektträger

Arbeitsladen Dulsberg

Projektbeteiligte

Mook wat e.V. (Alter Teichweg 126, 20459 Hamburg, 040-614660), Beschäftigungsträger Hamburg;
BAGS, Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg

1.10 „Big Steps“-Servicestationen Berlin, Wassertorplatz

Initiierung

Wohnungsunternehmen

Handlungsfelder

Beschäftigung, Qualifizierung, Ausbildung

Projektbeschreibung

Die Servicestationen Big Steps bieten 12 bis 15 Jugendlichen ohne Lehrstelle und jungen Arbeitslosen die Möglichkeit im Rahmen einer einjährigen Beschäftigung einen Einstieg ins Berufsleben zu erhalten. Die Jugendlichen lernen unter Anleitung eines Handwerkers und einer Sozialpädagogin die Alltagsqualifikationen (Disziplin u.ä.), die notwendigen Voraussetzungen sind für eine Lehre bzw. Beschäftigung. Um die Jugendlichen zu motivieren, führen sie praktische Tätigkeiten durch, die der Bedingung ‚zusätzliche Leistungen‘ genügen, aber trotzdem sinnvoll sind. Hier gibt es Absprachen mit den Wohnungsunternehmen, um entsprechende Tätigkeitsfelder zu finden. Die Jugendlichen bieten unter Anleitung eines Handwerkers für die Bewohner des Quartiers diverse Dienstleistungen an:

- Präsenz vor Ort und somit Verbesserung der Sicherheitslage für die Mieter
- Reinigungsarbeiten in den Häusern und im Wohnumfeld bei zusätzlicher Verschmutzung (d.h. mehr Reinigung u.a. zur Imageverbesserung)
- Zusätzliche Pflege und Reinhaltung der Grünanlagen (die starke Abnutzung durch das Spielen von Kindern erfordert mehr Pflege als üblich), um wieder einen normalen Sauberkeitsstandard zu erreichen.
- Einkaufshilfe bei Krankheit
- Wegbegleitung für ältere Menschen und Hilfen im Haushalt (z.B. Gardinen aufhängen)
- Hilfe bei Renovierung von Wohnungen
- Stärkung und Unterstützung vorhandener Stadtteilinitiativen (Stadtteulfeste, Streetballturniere, etc.)

Bei Big Steps wird insbesondere versucht Jugendliche aus dem Wohngebiet in der Qualifizierungsmaßnahme einzusetzen, so dass die betreffenden Jugendlichen sich mit dem Wohngebiet identifizieren. Die Büros und die Werkstatt der Stationen sind i.d.R. in Wohnungen im Erdgeschoss untergebracht. Es gibt feste Öffnungszeiten, so dass für die Bewohner des Gebietes ein kompetenter Ansprechpartner für Beratungen und zur Mängelerfassung (kurzer Weg zum Wohnungsunternehmen) zur Verfügung steht.

Neben den praktischen Tätigkeiten, die die Jugendlichen durchführen, gibt es Qualifikationsmodule, mit denen die berufshemmenden schulischen und sozialen Defizite ausgeglichen werden sollen („Arbeiten lernen“). Die Qualifikationsmodule beinhalten u.a. eine individuelle Berufswegeplanung, Bewerbungstraining, Computerkurse sowie berufsvorbereitende und lebenskundliche Kurse. Die Qualifikation wird zum Teil intern durch den Koordinator der Servicestation oder die Sozialpädagogin oder extern durch die Berlin Brandenburgische Akademie BBA durchgeführt. Zusätzlich sollen die Jugendlichen, angepasst an ihre Berufsvorstellungen, ein Praktikum in einem Handwerks- oder Dienstleistungsbetrieb absolvieren, wobei Big Steps bei der Suche nach einer geeigneten Stelle behilflich ist.

Da der Nutzen der Arbeiten für den Mieter sofort sichtbar ist, ernten die Beschäftigten viel Lob, was nicht selten zu einem Motivationsschub führt (durch eine einheitliche Berufskleidung, versehen mit dem Logo von Big Steps, sind die Jugendlichen für jeden sofort erkennbar und ansprechbar). Die Jugendlichen werden nicht mehr als Arbeitslose, „Drückeberger“ oder Schulversager wahrgenommen, sondern sind jetzt gesellschaftlich anerkannte „Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft“. Durch diesen Motivationsschub wächst die Bereitschaft, sich wieder oder erstmals mit einer Berufsperspektive auseinanderzusetzen. Die Motivation erfolgt allerdings nicht immer durch Anerkennung und das Aufzeigen von Perspektiven. Mangelnde Leistungsbereitschaft und nachlässige Arbeit wird mit Lohnabzügen und gegebenenfalls mit Kündigung sanktioniert, was eine dreimonatige Sperre beim Arbeitsamt zur Folge hätte.

Zielgruppe

Jugendliche und junge Arbeitslose

Erfolg

Inzwischen gibt es in Berlin insgesamt sieben Big-Steps-Servicestationen. Von den sieben Stationen starteten vier im Frühsommer 1999, drei haben im Herbst 2000 begonnen. Somit sind zur Zeit 113 Beschäftigte (90 über die Arbeitsämter ABM und Jugendsofortprogramm JUMP, 12 über die Sozialämter „Arbeit statt Sozialhilfe“ in Spandau-Wilhelmstadt und in Kreuzberg und 11 Festangestellte über Jugendwohnen im Kiez e.V.) für die Big Steps-Projekte tätig. Es beteiligen sich in Berlin vier Wohnungsunternehmen (GSW, GEWOBAG, DEGEWO, WIP) an diesen Projekten. Die Recherchen bei den Wohnungsunternehmen haben gezeigt, dass die Gebiete eine eindeutige Imageaufwertung erhalten, was u.a. mit der ständigen Pflege der Anlagen und der Präsenz vor Ort zu tun hat. Auch die Beratung der Bewohner durch die Servicestation führt zu einer hohen Akzeptanz, hier insbesondere der Älteren.

Von den jugendlichen Teilnehmern des ersten Projektjahres 1999/2000 konnten 40 % innerhalb oder kurz nach Jahresfrist in Ausbildung oder Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Etwa 20 % der Jugendlichen sind noch im Projekt mit guten Aussichten auf eine Anschlussperspektive be-

schäftigt. 25 % der Jugendlichen haben zumindest ein Jahr lang durchgehalten, doch gelang es nicht, eine Anschlussbeschäftigung zu finden, so dass sie sich erneut arbeitslos meldeten. Lediglich 13 % der Jugendlichen mussten wegen starker Disziplinprobleme entlassen werden, ein Teilnehmer wurde wegen Drogenhandel inhaftiert.

Die bisherigen in einem relativ kurzem Zeitraum gemachten Erfahrungen sind sowohl für die Wohnungsunternehmen, als auch für die Jugendlichen, wie die Verbesserungen im Viertel und die Vermittlungsraten zeigen, positiv einzuschätzen. Das Projekt ist zunächst auf eine drei Jahre dauernde Erprobungsphase angelegt, an deren Ende eine genauere Bewertung des Projektes erfolgt und über die Fortsetzung entschieden wird.

Finanzierung

Es werden pro Servicestation zwei Kräfte (Handwerker, Sozialpädagogin) mittels ABM und die Jugendlichen über das Sofortprogramm der Bundesregierung JUMP (Artikel 9 der Richtlinie „Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“) finanziert. Darüber hinaus sind in einigen Servicestationen Sozialhilfeempfänger beschäftigt. Der Koordinator der Servicestation ist beim Träger Jugendwohnen im Kiez angestellt und wird durch die Wohnungsunternehmen finanziert. Die Wohnungsunternehmen tragen außerdem die Kosten für die Räumlichkeiten sowie die Materialkosten (etwa 50.000,- DM pro Servicestation).

Projektträger

Jugendwohnen im Kiez e.V.

Projektbeteiligte

Wohnungsunternehmen GSW, GEWOBAG, DEGEWO, WIP, Jugendwohnen im Kiez e.V. (Ansprechpartner: Herr Fleischmann, www.jugendwohnen-berlin.de), Arbeitsamt, Berlin Brandenburgische Akademie BBA





„Big Steps“ – Servicestation Wassertorplatz, Berlin-Kreuzberg

1.11 Frauen-Lern-Ort Jenfeld

Initiierung

Stiftung Berufliche Bildung (SBB)

Handlungsfelder

Ausbildung / Qualifizierung

(Soziale und kulturelle Infrastruktur, Bildung im Stadtteil)

Projektbeschreibung

„Frauen-Lern-Ort“ ist ein niedrighschwelliges Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot, dass für Frauen aus dem Stadtteil Jenfeld konzipiert ist. Es bietet Frauen ein zeitlich flexibles Kursangebot mit der Besonderheit der integrierten Kinderbetreuung.

Inhaltliche Schwerpunkte des Angebots sind: Perspektiventwicklung, Bewerbungstraining, Auffrischung von Deutschkenntnissen, Deutsch als Fremdsprache, PC- Grundbildung. Die Frauen erhalten Unterstützung durch persönliche Beratung.

Zielgruppe

Besonders angesprochen werden alleinerziehende Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen, die den Wiedereinstieg in Arbeit und Beruf suchen, aber noch keine Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder gefunden haben.

Finanzierung

Das Projekt wird finanziert durch die Freie und Hansestadt Hamburg (Amt für berufliche Bildung und Weiterbildung, Stadtentwicklungsbehörde) sowie durch den Europäischen Sozialfonds.

Projektträger

Stiftung Berufliche Bildung (SBB),

Projektbeteiligte

SBB, Frau Kerstin Händel, Tel.: 040 / 65400050, Stadtteilbüro Jenfeld, Frau Dujkers, Tel.: 040 / 6547091

1.12 Initiative Start in den Beruf, „Kontaktseminar“, Netzwerk Halle-Merseburg

Initiierung

Buna Sow Leuna Olefineverbund GmbH

Handlungsfelder

Beschäftigung, Qualifizierung, Integration

Projektbeschreibung

Die Berufswünsche von Schülern reduzieren sich häufig auf maximal zehn Berufsbilder aus einem traditionellen Spektrum. Daneben bestehen in einigen „unbekannten“ Berufszweigen Rekrutierungsprobleme. Durch sogenannte „Kontaktseminare“ wird Schulleitern und Lehrern ein differenziertes Bild der Arbeitswelt vermittelt. In den Seminaren treffen sich Lehrer, Schulleiter, Firmenvertreter, Vertreter des Arbeitsamtes und den Kammern des Landkreises, um gemeinsam Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit zu finden. Den Schulen wird so die Möglichkeit eröffnet, zusammen mit den beteiligten Unternehmen und Verbänden ihre Schüler während der Berufsfindungsphase umfassend und kompetent zu unterstützen. Ziel des Kontaktseminars des regionalen Netzwerkes Halle-Merseburg ist die Herstellung von Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, um Ausbildungsplätze zu vermitteln. Bislang fanden zwei Kontaktseminare mit Lehrern und Schulleitern von Haupt- und Realschulen statt. Das Netzwerk Halle-Merseburg plant in Zukunft spezielle Kontaktseminare mit Lehrern technischer und wirtschaftlicher Fächer durchzuführen, um Unterrichtskooperationen zu initiieren, die mit dem Praxisunterricht an den Polytechnischen Oberschulen vergleichbar sind.

Des weitern soll ein Wettbewerb für Schulen ausgelobt werden. Mittels finanzieller Anreize (Preisgelder) und einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit wird versucht die Schulen zu animieren den Übergang zwischen Schule und Ausbildung aktiv mitzugestalten, um den Jugendlichen eine Anschlussperspektive zu eröffnen.

Zielgruppe

Schulen, Lehrer, Schüler, Unternehmen

Finanzierung

Hauptfinanzier des regionalen Netzwerkes ist die DOW (Finanzierung des programmbegleitenden Instituts für Organisationskommunikation IFOK); die einzelnen Projekte wie auch der Schulwettbewerb werden mittels Sponsoren (Landkreis, Sparkasse, DOW, etc.) finanziert.

Projektträger

BOW, Buna Sow Leuna Olefineverbund GmbH

Projektbeteiligte

Buna Sow Leuna Olefineverbund GmbH (Ansprechpartnerin: Frau Dr. Evelyn Meerbote, Tel.: 03461 / 492592), Landkreis Merseburg (Herr Frank Bannert, Leiter des Arbeitskreises „Jugendliche ins Berufsleben integrieren“, Tel.: 03461 / 401500), Arbeitsamt, Schulleiter, Lehrer, Firmenvertreter,

1.13 Infra-West Ratingen

Initiierung

Schulen der Stadt Ratingen

Handlungsfelder

Stadtteilmarketing, Ausbildung und Schule, Aktivierung

Projektbeschreibung

Im Projekt Infra West arbeiten sechs Schulen des Stadtteils Ratingen-West mit dem städtischen Jugendclub und verschiedenen Ämtern der Stadt zusammen und wirken bei der Vernetzung von Aktivitäten im Stadtteil mit. In Kooperation mit außerschulischen Trägern sind vielfältige Initiativen entstanden, die in den Stadtteil hineinwirken: Schulhofgestaltung, Müllvermeidungskampagne, Berufsorientierungsbörse, Bewerbungstraining für Schüler, Weihnachtsmarkt, Stadtteilzeitung, Stadtteilzirkus, etc. Die Projekte werden zum Teil in den Pflichtunterricht eingebunden oder werden als Wahlveranstaltung (AG, Hausaufgabenbetreuung, Sport, Theater) angeboten. Die Angebote stehen teilweise den Schülern aller beteiligten Schulen zur Verfügung.

Zielgruppe

Schülerinnen und Schüler, Bewohner, etc.

Finanzierung

Landesprogramme (GÖS Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schulen, Jugendhilfemittel, Stadtteile mit Erneuerungsbedarf, Soziale Stadt, BLK-Modellversuch) Kommunale Mittel (40.000 DM p. a.), Sponsoring (Kooperationsvereinbarung mit LEG Wohnungsunternehmen) und Firmenspenden.

Projektträger

Stadt Ratingen

Projektbeteiligte

Astrid-Lindgren-Schule; Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium; Erich-Kästner-Schule; Helen-Keller-Schule; Käthe-Kollwitz-Schule; Martin-Luther-King-Schule; Schule für geistig Behinderte des Kreises Mettmann; LEG NRW GmbH, Nebenstelle Ratingen-West Infra West Kulturbüro, Herr van Schwamen, 02102/472055

2. Stärkung ansässiger Unternehmen

2.1 Etage 21, Hamburg

Initiierung

Quartiersmanagement STEG

Handlungsfelder

Ansiedlung neuer Unternehmen

Projektbeschreibung

In der alten Rinderschlachthalle hat STEG 1998 das Gründerzentrum „Etage 21“ eröffnet. 21 junge Unternehmen arbeiten in kleinen Büros und nutzen gemeinsam die vorhandene Büroausstattung. An die Etage 21 ist das „Gründer-Info St. Pauli“ angegliedert, ein Informations- und Beratungsservice, der für Unternehmensgründer aus dem Stadtteil gezielt Informationen aufbereitet und bündelt, wie beispielsweise über aktuelle Gewerbeimmobilienangebote. Durch die Kombination von Gründerzentrum und Beratungseinrichtung werden Synergieeffekte erwartet.

Zielgruppe

Junge Unternehmensgründer (Beispiel: türkische Näherin, Blumenladen)

Finanzierung

Projektträger

Stadtteilentwicklungsgesellschaft STEG

Projektbeteiligte

STEG Hamburg mbH, Kurt Reinken, Schulterblatt 26-36, 20357 Hamburg Tel.: 040/43139342;

2.2 Haus URBAN, Saarbrücken

Initiierung

Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik Saarbrücken

Handlungsfelder

Ansiedlung neuer Unternehmen, Stärkung ansässiger Unternehmen

Projektbeschreibung

Das Haus URBAN dient der Förderung und Stabilisierung von Handwerk und Gewerbe im Stadtteil Saarbrücken-Burbach. Kleinen und mittelständischen Gewerbeunternehmen und Handwerkern werden zentral gelegene und erschlossene Flächen und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Mit der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Erweiterungsmöglichkeit für bestehende Handwerks- und Gewerbebetriebe werden neue Arbeitsplätze geschaffen und vorhandene gesichert. Durch die räumliche Konzentration der Unternehmen werden Synergieeffekt erwartet.

Zielgruppe

Handwerker, Gewerbetreibende, Existenzgründer

Finanzierung

Gemeinschaftsinitiative URBAN, EFRE, Mittel für die Errichtung des Gebäudes, die laufenden Kosten werden aus den Mieteinnahmen (liegen unter der ortsüblichen Vergleichsmiete) finanziert.

Projektträger

GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH & Co.

Projektbeteiligte

GIU Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH & Co., Stadt Saarbrücken, Beratungsstelle KURBEL

2.3 Stabilisierung des Wochenmarktes Boxhagener Platz Berlin

Initiierung

Quartiersmanagement

Handlungsfelder

Stärkung ansässiger Unternehmen

Projektbeschreibung

Der Wochenmarkt auf dem Boxhagener Platz stellt einen wirtschaftlichen und kulturellen Anziehungspunkt des Quartiers dar. Um den Marktbetrieb langfristig zu sichern und das Angebot fortzuentwickeln, werden im Jahr 2000 und 2001 aus Mitteln des Programms "Soziale Stadt" Umbaumaßnahmen realisiert, die den ökologischen und ökonomischen Belangen gleichermaßen gerecht werden. Außerdem ist geplant, sogenannte „Teststände“ aufzustellen, in denen neue Marktbesucher testen können, ob der Verkauf ihrer Waren lohnend ist.

Zielgruppe

Marktbesucher, Bewohner

Finanzierung

Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ werden die notwendigen Umbaumaßnahmen realisiert.

Projektträger

Projektbeteiligte

Quartiersmanagement

2.4 Interessengemeinschaft Potsdamer Straße Berlin-Schöneberg

Initiierung

Quartiersmanagement

Handlungsfelder

Stärkung ansässiger Unternehmen

Projektbeschreibung

Die Kaufkraft im Viertel ist gering und die Gewerbetreibenden sind gezwungen, um jeden Kunden zu kämpfen. Die Interessengemeinschaft setzt sich für die Wiederbelebung der Potsdamer Straße ein und startete verschiedene Maßnahmen. So wird eine Broschüre erstellt, in der sich die Gewerbetreibenden präsentieren können. Im Mai planen die Händler der Potsdamer Straße ein Straßenfest zu veranstalten

Zielgruppe

Gewerbetreibende der Potsdamer Straße

Finanzierung

Interessengemeinschaft als e.V., die Druckkosten der Broschüre werden von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übernommen.

Projektträger

Interessengemeinschaft Potsdamer Straße e.V.

Projektbeteiligte

Mitglieder des Vereins (Gewerbetreibende), Svenja Rahf 0173/8939122, Quartiersmanagement, Ute Großmann 030/20290601, mpr Unternehmensberatung, Stresemannstraße 128

2.5 Ein neues Image für den Fischbacherberg, Siegen-Fischbacherberg

Initiierung

Einzelhändler und Förderverein Fischbacherberg aktiv e.V.

Handlungsfelder

Stärkung ansässiger Unternehmen

Projektbeschreibung

Die Initiative „Ein neues Image für den Fischbacherberg“ ist seit 1995 eine begleitende Maßnahme zum Umstrukturierungsprozess am Fischbacherberg. Verschiedene Teilprojekte werden unter diesem Motto zusammengefasst und einheitlich nach außen getragen. Bisher sind folgende Projekte realisiert worden: vierteljährlich erscheint die Statteilzeitung „Fischbacherberg aktuell“ (seit 1996), der Förderverein „Fischbacherberg aktiv“ wurde 1997 gegründet, Entwurf eines Logos für den Fischbacherberg mit dem Motto „Fischbacherberg – stadtnah, waldnah, bürgernah“ durch eine Werbeagentur des Stadtteils, Entwurf eines außergewöhnlichen Hinweisschildes, das die Aspekte der Stadtteilerneuerung dokumentiert. Neben diesen Aktionen wird eine umfangreiche und abgestimmte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seitens der Initiative betrieben (Sonderbeilage in der Zeitung, Werbeplakate).

Zielgruppe

Alle Akteure des Stadtteils und der gesamten Stadt Siegen.

Finanzierung

Landesmittel aus dem Programm „Stadtteile mit Erneuerungsbedarf“ (90%), kommunale Mittel (10%).

Projektträger

Stadtteilbüro Fischbacherberg

Projektbeteiligte

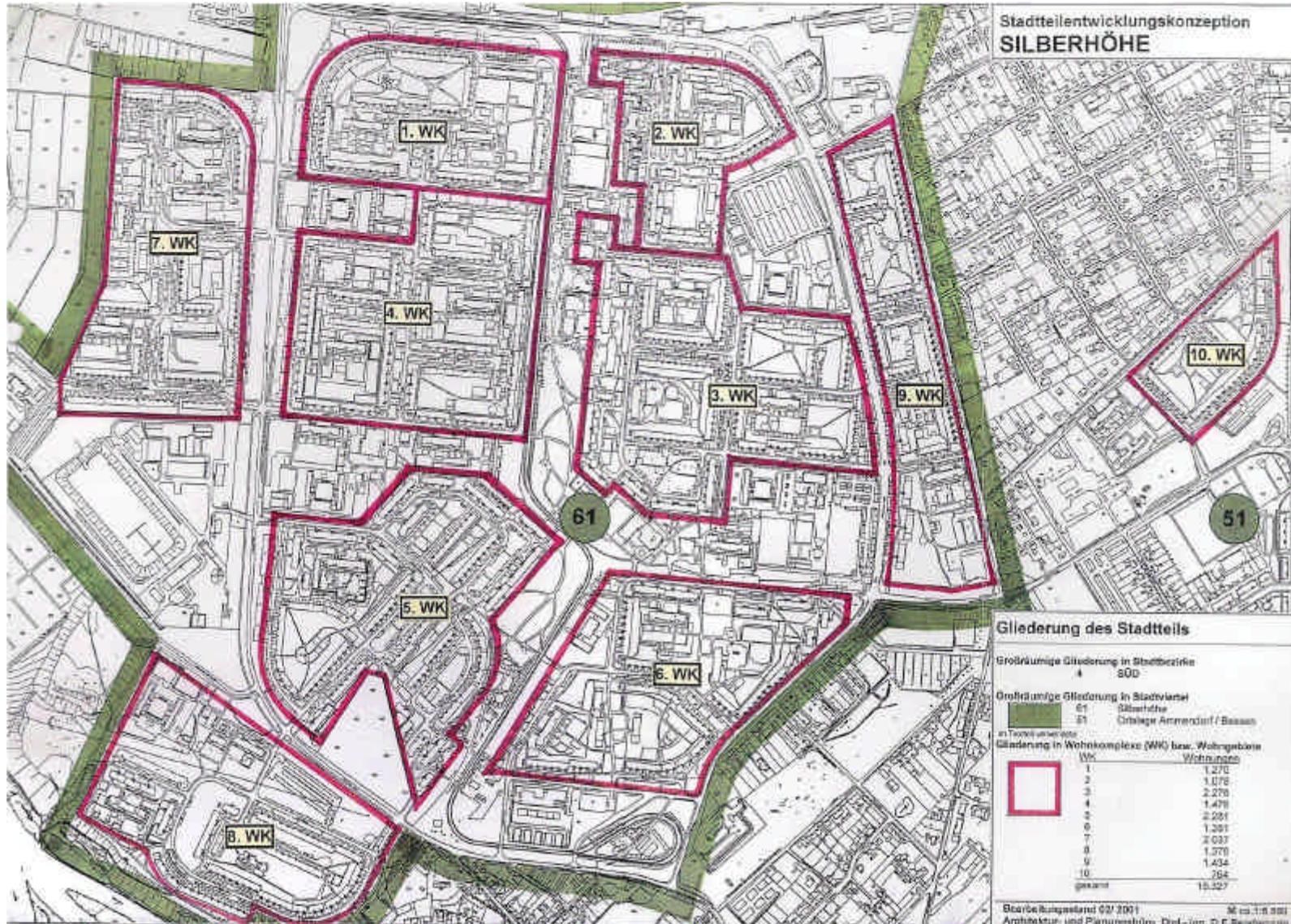
Jugendtreff Fischbacherberg, diverse Schulen, Kirchen, Vereine, Mieterbeirat, Aussiedlervertretung, Wohnungsunternehmen, Kommunale Entwicklungs-gesellschaft,

Projektleiter: Herr Schmid, Stadtteilbüro Fischbacherberg, 0271/3190005, stadtteilbuero@cityweb.de

III. KARTEN ZUM MODELLGEBIET

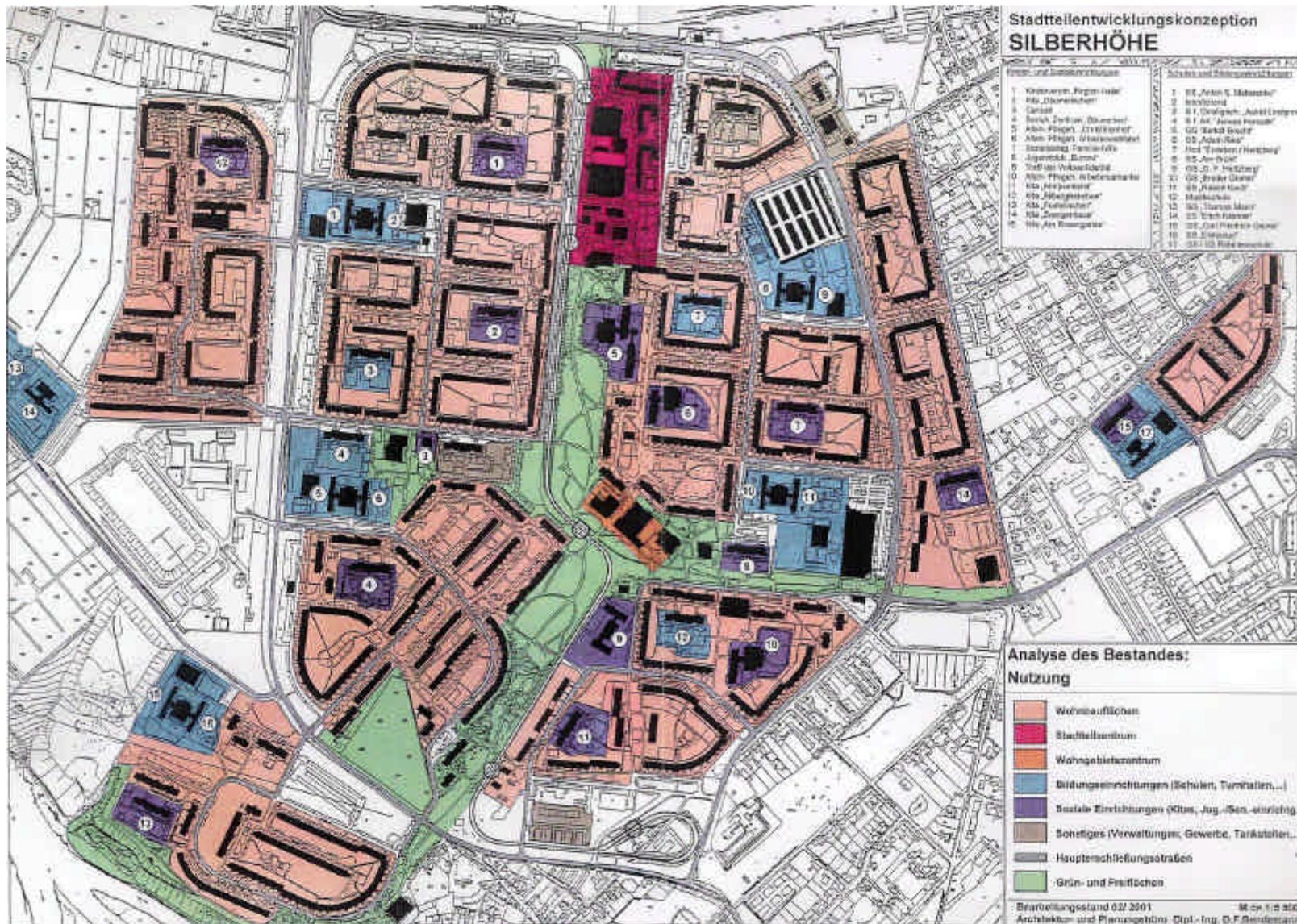
KARTE 1:	GLIEDERUNG DES STADTTTEILS	48
KARTE 2:	ANALYSE DES BESTANDES – AKTUELLE NUTZUNG	49
KARTE 3:	ANALYSE DES BESTANDES – WOHNUNGSLEERSTAND (STAND 02/2002)	50
KARTE 4:	ANALYSE DES BESTANDES - BELEGUNGSSTAND	51
KARTE 5:	ENTWICKLUNGSKONZEPTION SILBERHÖHE - GEBIETSKATEGORIEN	52
KARTE 6:	ENTWICKLUNGSKONZEPTION UND STÄDTEBAULICHES LEITBILD - ÜBERBLICK	53

Karte 1: Gliederung des Stadtteils



Quelle: Städtebauliches Entwicklungskonzept Silberhöhe, Architekturbüro Bendemann

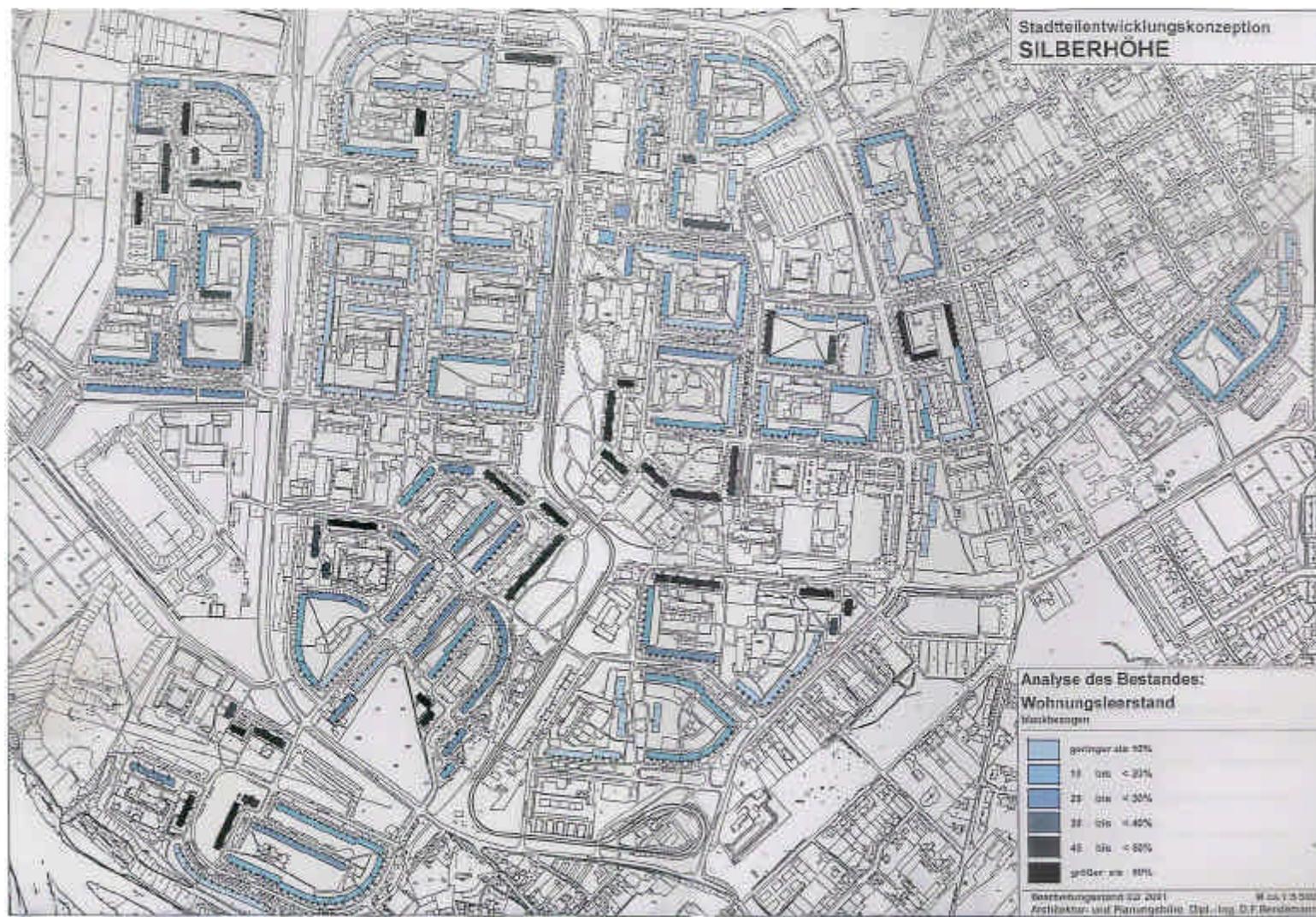
Karte 2: Analyse des Bestandes – Aktuelle Nutzung



Quelle: Städtebauliches Entwicklungskonzept Silberhöhe, Architekturbüro Bendemann

empirica

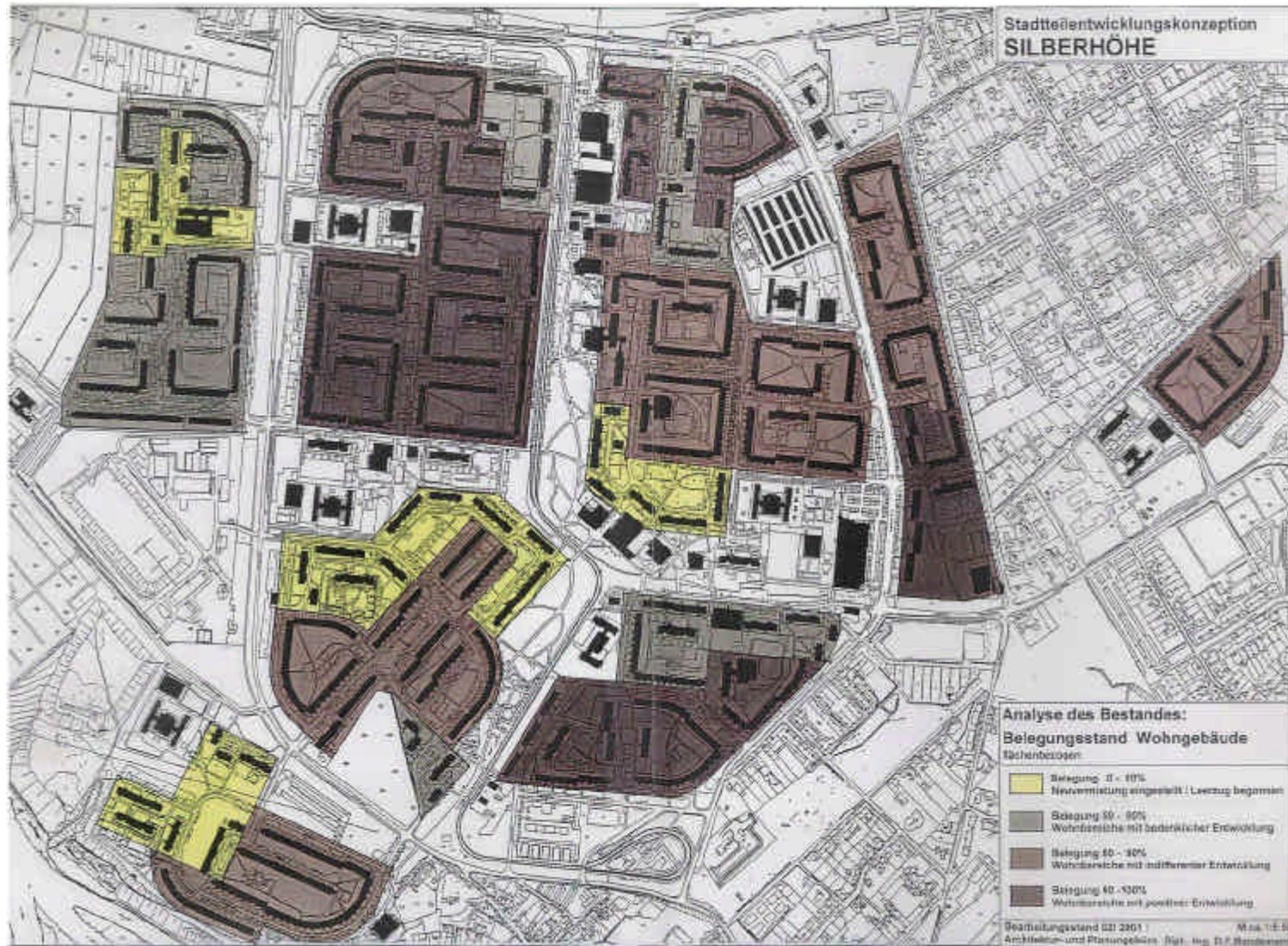
Karte 3: Analyse des Bestandes – Wohnungsleerstand (Stand 02/2002)



Quelle: Städtebauliches Entwicklungskonzept Silberhöhe, Architekturbüro Bendemann

empirica

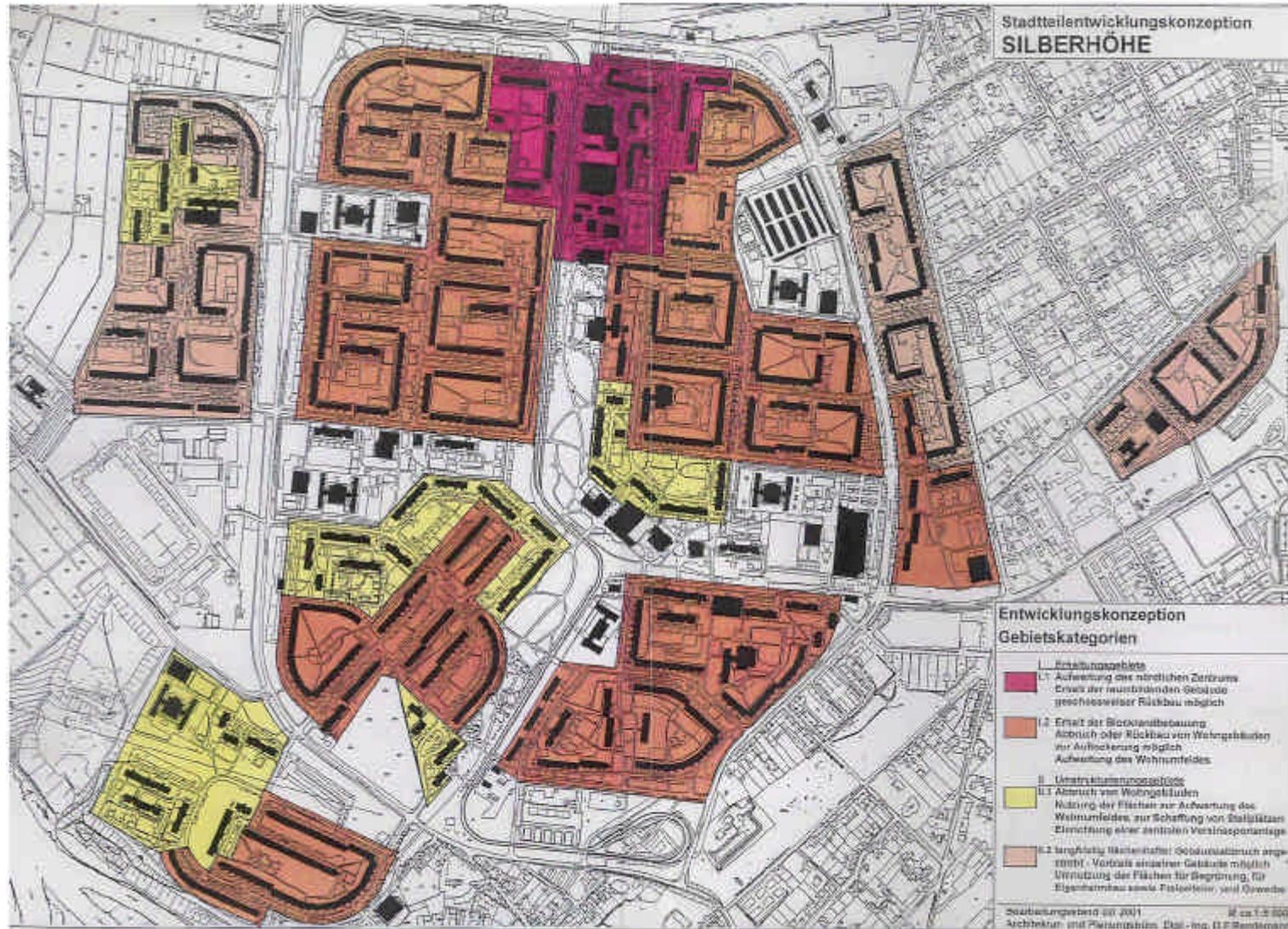
Karte 4: Analyse des Bestandes - Belegungsstand



Quelle: Städtebauliches Entwicklungskonzept Silberhöhe, Architekturbüro Bendemann

empirica

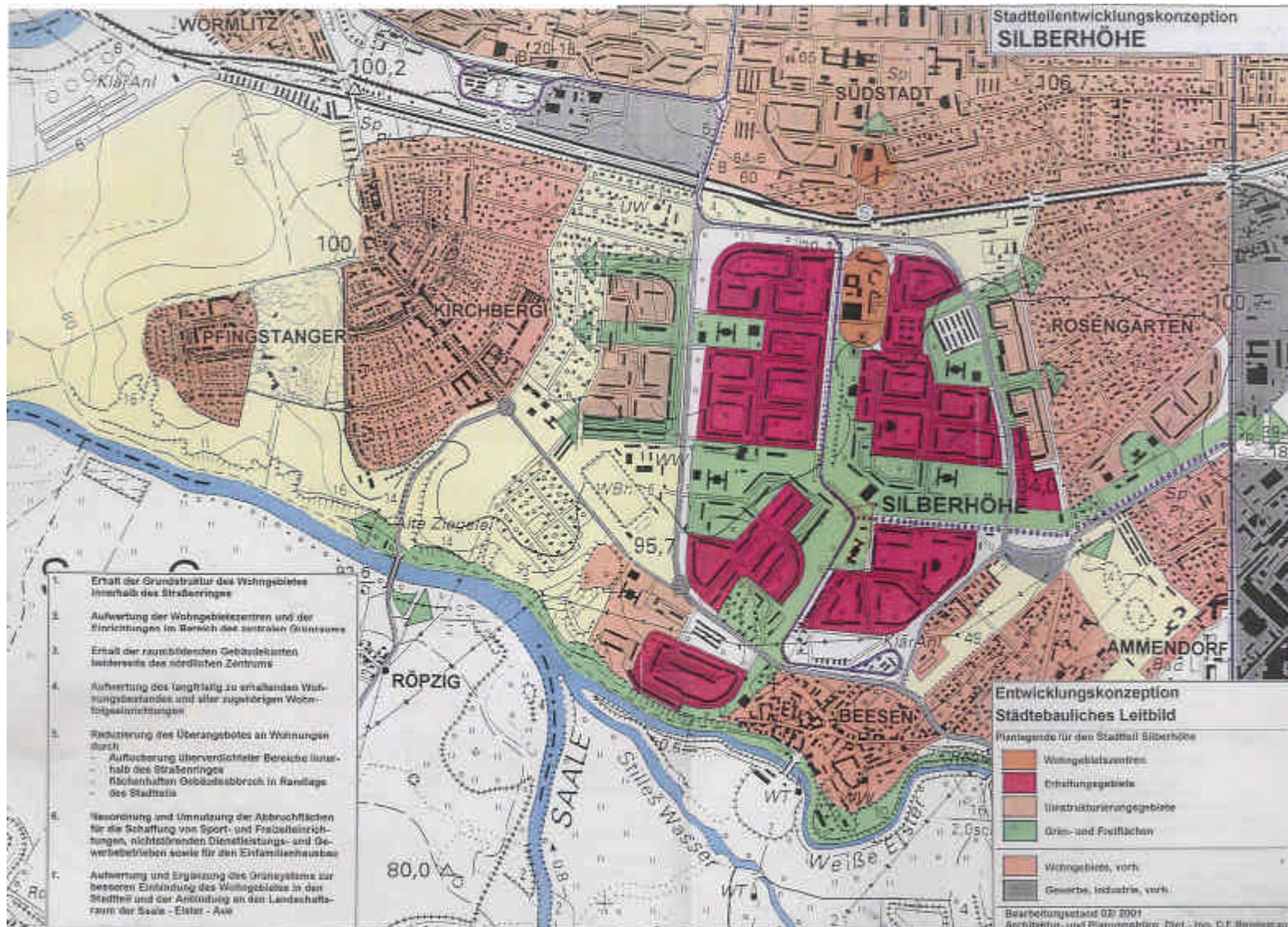
Karte 5: Entwicklungskonzeption Silberhöhe - Gebietskategorien



Quelle: Städtebauliches Entwicklungskonzept Silberhöhe, Architekturbüro Bendemann

empirica

Karte 6: Entwicklungskonzeption und städtebauliches Leitbild - Überblick



Quelle: Städtebauliches Entwicklungskonzept Silberhöhe, Architekturbüro Bendemann

IV. SACHSTANDSBERICHT ZUR PROJEKTINITIIERUNG „SERVICESTATIONEN SILBERHÖHE“

1. Vorbemerkung

Im Zuge der Recherchen vor Ort und der Gespräche mit den Akteuren in Halle-Silberhöhe wurde deutlich, dass ein besonderer Bedarf zur Unterstützung durch die Programmbegleitung vor Ort im Themengebiet „Lokale Ökonomie“ besteht. empirica hat Recherchen zum Thema „Lokale Ökonomie“ in anderen Städten (i.d.R. in Städten, die auch im Programm Soziale Stadt sind) durchgeführt und Informationen zu 20 diversen Projekten zusammengestellt. Die Projekte wurden in den verantwortlichen Gremien diskutiert. Das Berliner Projekt „Big Steps“ (siehe Anlage Recherchen zum Thema „Lokale Ökonomie“) stieß auf breite Zustimmung. Es wurde der Wunsch geäußert, ein ähnliches Projekt in Halle Silberhöhe zu initiieren.

2. Ausgangslage Halle-Silberhöhe

Das Modellgebiet Silberhöhe in Halle ist eine extrem „überforderte“ Nachbarschaft. In diesem Stadtteil konzentrieren sich problembelastete Bevölkerungsgruppen und der Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger liegt deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Aufgrund der „Bewohnerschrumpfung“ und den damit verbundenen Folgen (u.a. hohe Leerstände, schlechte Alltagsversorgung im direkten Umfeld wegen geringer Kaufkraft u.Ä.) breitet sich ein Klima von Perspektivlosigkeit und Motivationsverlust aus und verstärkt die ohnehin negativen Tendenzen.

Jugendliche und junge Erwachsene wachsen in diesem Umfeld ohne relevante Kontakte zur formellen Arbeitswelt auf. Ihr Alltag ist geprägt durch Netzwerkarmut. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen können aufgrund dieser Rahmenbedingungen nur schwer in das Arbeitsleben integriert werden. Häufig weisen sie eine unterdurchschnittliche Schulbildung auf und verfügen über keine praktische Arbeitserfahrung. Auch Jugendliche mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die von ihrem Lehrbetrieb nicht übernommen worden sind, sind laut Aussage von Vertretern des Arbeitsamtes und der Jugendberufshilfe der Stadt Halle nur schwer wieder in das Berufsleben einzubinden.

Insbesondere die jugendlichen Arbeitslosen zeigen durch ihr Verhalten, dass sie sich nicht in die Gesellschaft integriert fühlen. Ihr Tatendrang läuft ins Leere und viele suchen Zuflucht in Alkohol und Drogen und wenden ihre Energie gegen die Menschen in der Nachbarschaft. Äußerer Ausdruck der angespannten Lage ist das Ausmaß an Vandalismus, Müll, Zerstörung und Konflikten in den Gebäuden und im öffentlichen Raum. Die Wohngebiete und somit auch die Wohnungsunternehmen sind mit diesen Problemen massiv überfordert.

3. Ziel des Projektes

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Situation ist das Projekt „Servicestation“ in Analogie zum Berliner Projekt „Big Steps“ in Halle-Silberhöhe geplant. Hauptziel der geplanten Maßnahme ist es, **das belastete Wohnquartier zu stabilisieren** und dabei gleichzeitig den benachteiligten und von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu eröffnen und den **Einstieg in das normale Berufsleben** zu erleichtern.

Die Probleme können aufgrund ihrer Komplexität und dem Wechselspiel der vielfältigen Problemlagen nicht allein von einer gesellschaftlichen Instanz angegangen werden. Ziel des Projektes ist es daher, die Kompetenzen der betroffenen Akteure aus den Ressorts Soziales (Sozialamt), Arbeitsförderung (Arbeitsamt) und Wohnungswirtschaft (Wohnungsunternehmen) miteinander zu verzahnen, um eine gute Problemlösung zu erreichen.

4. Initiierung des Projektes

empirica konnte in bilateralen Gesprächen mit einzelnen Akteuren, die u.a. der Bedarfsermittlung, Initiierung und Dokumentation der Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt dienen, die Bereitschaft zur Umsetzung dieses Projektes gewinnen. Im Einzelnen wurden folgende Gespräche geführt:

- Bedarfsermittlung auf Seiten der Jugendlichen
 - *Durchgeführt:* Schule Am Brühl, Schule Erich-Kästner, Schule Janusz Korczak, Berufsschule VIII, Clearingstelle der Jugendberufshilfe der Stadt Halle, ESTA-Kontaktstelle (Berufsberatungseinrichtung)
- Bedarfsermittlung auf Seiten der Wohnungsunternehmen
 - *Durchgeführt:* Vorstellung des Projektes in der Arbeitsgruppe Silberhöhe (Arbeitsgruppe der Wohnungswirtschaft), erstes Gespräch mit der WG Freiheit
 - *Laufend:* Einzelgespräche mit interessierten Wohnungsunternehmen
- Klärung der grundsätzlichen Förderwürdigkeit
 - *Durchgeführt/Laufend:* Arbeitsamt
- Prüfung der Bereitschaft auf Seiten der Träger
 - *Durchgeführt/Laufend:* Maßnahmenträger, Bildungsträger
- Konkretisierung der Projektidee

Um die Projektidee „Servicestationen“ (vorläufiger Arbeitstitel) zu konkretisieren und den Abstimmungsprozess zwischen den Akteuren zu befördern, sind zwei Veranstaltungen vorgesehen (Absprache mit der Stadt, S.T.E.R.N. und dem Arbeitskreis Silberhöhe):

- Projektworkshop „Servicestationen“
- Themenkonferenz „Lokale Ökonomie“

5. Kooperationspartner

Drei Hauptakteure sind am Projekt beteiligt: Der Maßnahmenträger als Arbeitgeber für die Jugendlichen, Koordinator und Hauptverantwortlicher für den Arbeitsablauf. Der Bildungsträger, als Verantwortlicher für die Durchführung der Qualifikationsmodule und die Wohnungsunternehmen als Aufgabensteller. Das Arbeitsamt ist an der konkreten Umsetzung des Projektes nicht beteiligt, fungiert aber als Hauptfinanzier der Maßnahme.

Mögliche Aufgabenverteilung zwischen den Kooperationspartnern:

FINANZIERUNG		
<p>Arbeitsamt</p> <ul style="list-style-type: none"> - eventuell Förderung über Artikel 9 des Jugendsofortprogramms 		
UMSETZUNG		
<p>Bildungsträger</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung der Qualifikationsmodule - Betreuung der Jugendlichen während der Qualifikation 	<p>Maßnahmenträger</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hauptverantwortlicher für die Projektabwicklung - Beantragung der Fördergelder beim Arbeitsamt - Koordination der Arbeiten in Absprache mit den Wohnungsunternehmen - Durchführung der Arbeiten in Absprache mit den Wohnungsunternehmen (Hauswart) - Arbeitgeber für die 15 Jugendlichen - Arbeitgeber für die Betreuer (Handwerker und Sozialpädagoge) 	<p>Wohnungsunternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ansprechpartner zur Verfügung stellen (Hauswart o.ä.) - Aufgabendefinition durch den Hauswart - Räumlichkeiten zur Verfügung stellen - Arbeitsmaterial zur Verfügung stellen (die über den Sachkostenzuschuss hinaus gehen)

6. Stand der Projektumsetzung

6.1 Mögliche Finanzierung

Das Berliner Projekt wird durch das **Arbeitsamt** nach Artikel 9 des Jugendsofortprogramms der Bundesregierung gefördert. Finanziert werden zu 100 % die Lohnkosten der 15 Jugendlichen und die Lohnkosten für die zwei Anleiter (Handwerker und Sozialpädagoge). Neben den Lohnkosten gewährt das Arbeitsamt einen Sachkostenzuschuss von 500,- DM pro Monat und Jugendlichen. Diese Gelder stehen dem Träger der Maßnahme zur Verfügung und werden im Rahmen des Projektes verwendet. Der Artikel 9 „Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen“ sieht vor, dass die jugendlichen Arbeitslosen zu 50 % der Arbeitszeit praktische Arbeiten (hier: Arbeiten im Wohngebiet) durchführen und 50 % der Zeit an Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen teilnehmen. Dies kann z.B. im 14-tägigen Wechsel geschehen. Das bedeutet, dass die Jugendlichen 14 Tage im Wohngebiet arbeiten und 14 Tage an diversen Schulungsmaßnahmen teilnehmen. Um die dauerhafte Präsenz und kontinuierliche Durchführung der Arbeiten im Wohngebiet zu gewährleisten fördert das Arbeitsamt in Berlin zwei Gruppen mit je 15 Teilnehmern, die parallel an der Maßnahme teilnehmen.

Ein ähnliches Fördermodell kann für das geplante Projekt in Halle-Silberhöhe in enger Kooperation mit dem Arbeitsamt entwickelt werden.

6.2 Umsetzung

Verschiedene **Bildungsträger** haben Interesse an einer Kooperation zur Umsetzung des Projektes bekundet. Je nach Vorkenntnissen der Jugendlichen können verschiedene Qualifikationsmodule angeboten werden. Die Bildungsinhalte reichen über eine allgemeine Grundbildung in EDV, Mathematik und Deutsch über lebenskundliche Kurse, wie Bewerbungstraining bis hin zu praktischen Bildungsinhalten.

Momentan finden Gespräche mit mehreren **Maßnahmenträgern** in der Stadt Halle statt. Es besteht ein reges Interesse das Projekt in Silberhöhe umzusetzen. Für die Konkretisierung des Projektes ist jedoch dringend die Kooperation mit dem Wohnungsunternehmen erforderlich, da erst bei einer verbindlichen Zusage eines Wohnungsunternehmens mit der Projektumsetzung (Aufgabedefinition, Antragstellung beim Arbeitsamt) begonnen werden kann (vgl. Punkt 7.).

Das Projekt ist in der Arbeitsgruppe Silberhöhe den **Wohnungsunternehmen** vorgestellt worden. Uns wurde die Bereitschaft zur Projektumsetzung signalisiert. Die Hallesche Wohnungsbaugesellschaft mbH (HWG) hat bereits geeignete Räumlichkeiten für die Servicestation angeboten und steht als potenzieller Projektpartner zur Verfügung.

7. Notwendiges Vorgehen

Ausgehend von diesem Sachstand wird auf der Umsetzungsebene deutlich, dass zur weiteren Ausgestaltung die potenziellen Partner (Bildungsträger, Maßnahmenträger, Wohnungsunternehmen) miteinander diskutieren und verbindliche Absprachen treffen müssen. Die betrifft die sich wechselseitig beeinflussenden Bereiche:

- Zielgruppendefinition (Welche Art von Jugendlichen soll erreicht werden?)
- Aufgabendefinition (in Abhängigkeit von der gewählten Zielgruppe)
- Festlegung der Qualifikationsmodule (in Abhängigkeit der gewählten Aufgabenfelder)

Diese Festlegungen müssen in Absprache mit dem Arbeitsamt geschehen, um die rechtlichen Kriterien für eine mögliche Förderung einzuhalten.

7.1 Zielgruppendefinition

Zwei mögliche Zielgruppen, kommen aus unserer Sicht für das Projekt in Frage: arbeitslose Jugendliche mit Berufsabschluss oder arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss. In den bislang geführten Gesprächen mit Trägern und Experten der Berufsberatung wurde deutlich, dass eine gemischte Gruppe nicht in Betracht kommt, da der organisatorische Aufwand, die dann sehr stark auseinandergelassenen Vorstellungen und Interessen der Jugendlichen „unter einen Hut“ zu bringen, in einem nicht zu vertretenden Verhältnis zum Nutzen des Projektes steht. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die verschiedenen Argumente für und gegen eine der beiden Gruppen:

Zielgruppe	Pro	Contra
Jugendliche mit Berufsabschluss	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weniger problematische Jugendliche (Motivation, Disziplin, etc.). ▪ Bislang gibt es wenig Angebote für diese Gruppe (<i>Clearingstelle</i>). ▪ Die Qualifizierung kann höherwertiger sein (Zusatzqualifikationen zur Lehre, bei einem Anteil von 50 % Qualifikation, können „gute“ und „brauchbare“ Bildungsinhalte vermittelt werden). ▪ Die Jugendlichen sind vielfältiger einsetzbar (positiv für die Wohnungsunternehmen). ▪ Jugendliche die nach der Lehre nicht übernommen werden sind nach vier Monaten Arbeitslosigkeit kaum noch zu vermitteln, der Bedarf an Weiterbildung ist entsprechend hoch (<i>Clearingstelle</i>). 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Probleme der Jugendlichen in Silberhöhe eher, dass Sie keine Lehrstelle finden und bereits am Einstieg in das Berufsleben scheitern.

Zielgruppe	Pro	Contra
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auch Jugendliche mit Berufsabschluss und längerer Arbeitslosigkeit sind frustriert und demotiviert und es droht die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit. 	
Jugendliche ohne Berufsabschluss	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Diese Gruppe bildet die Hauptproblemgruppe in Halle-Silberhöhe. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das Entgeld der ABM ist so hoch, dass die Jugendlichen sich danach nicht in eine betriebliche Ausbildung vermitteln lassen (Die Erfahrung zeigt, dass Jugendliche ohne Berufsabschluss, die an einer ABM teilnehmen für 2,5 Jahre dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Es fehlen die Anreize, da nach der ABM ein Arbeitslosengeld und dann Arbeitslosenhilfe gezahlt wird.). ▪ Häufig sind die Jugendlichen nach der Maßnahme zu alt für eine betriebliche Ausbildung. ▪ Die Jugendlichen sind schwieriger zu motivieren. ▪ Die Jugendlichen sind nicht so vielfältig einsetzbar. ▪ Ein hoher pädagogischer Aufwand ist notwendig. ▪ Wenig reizvolle Gruppe für die Wohnungsunternehmen. ▪ Eigentlich gibt es für diese Gruppe bereits Angebote (BGJ, BVJ, Clearingstelle, AQJ, ESTA-Kontaktstelle).

Die Argumentation stützt sich auf Aussagen verschiedener Träger, der Clearingstelle der Stadt Halle und auf Erfahrungen des Arbeitsamtes. Unseres Erachtens wird deutlich, dass für das geplante Projekt Jugendliche mit einem Berufsabschluss zur Teilnahme am Projekt geeignet sind.

7.2 Aufgabendefinition

In Abhängigkeit der von den drei Hauptakteuren und dem Arbeitsamt vorzunehmenden Zielgruppendefinition, können konkrete Aufgaben formuliert werden. Unseres Erachtens bieten sich folgende praktische Aufgabebereich besonders an:

- Servicestation als Anlaufstelle für die Bewohner und als Schnittstelle zum Wohnungsunternehmen.
- Präsenz vor Ort und somit Verbesserung der Sicherheitslage für die Mieter.

- Reinigungsarbeiten in den Häusern und im Wohnumfeld bei zusätzlicher Beschmutzung (Graffiti-beseitigung, Müll einsammeln, Müllsammelstellen in Ordnung bringen, Eingangsbereiche säubern, etc.).
- Zusätzliche Pflege und Reinhaltung der Grünanlagen, um wieder einen normalen Sauberkeitsstandard zu erreichen (Rasen mähen, Bäume und Büsche beschneiden, Unkraut jäten, etc.).
- Einkaufshilfe für ältere Bewohner und Kranke.
- Wegbegleitung für ältere Menschen und Hilfen im Haushalt (z.B. Gardinen aufhängen).
- Hilfe für Mieter bei der Renovierung von Wohnungen.
- Durchführung von kleineren Reparaturen.
- Sofortige Erfassung von Schäden an den Gebäuden und Außenanlagen und die Erledigung von kleineren Reparaturarbeiten.

Diese Aufgaben verstehen wir als zusätzliche Leistungen zu den normalen Reinigungs- und Gartenpflegearbeiten. Die im Wohnungsunternehmen beschäftigten Gärtner, Reinigungskräfte und Haustechniker werden nicht ersetzt, sondern erhalten zusätzliche Unterstützung. Eine Substitution der bislang festangestellten Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens durch die Jugendlichen ist nicht möglich.

Eine abschließende Aufgabendefinition ist in Absprache zwischen den drei Hauptakteuren (Wohnungsunternehmen, Bildungsträger, Maßnahmenträger) und dem Arbeitsamt vorzunehmen.

7.3 Festlegung der Inhalte der Qualifikationsmodule

Je nach inhaltlicher Ausrichtung des Projektes und ausgehend von der gewählten Zielgruppe können gezielt Bildungsinhalte ausgewählt werden. Für die Wohnungsunternehmen interessante Bildungsinhalte sind sicherlich die Themen rund um den Bereich Facility-Management: Haustechnik, Elektronik, Sanitärinstallation, Winterdienst, Außenbegrünung, Hausmeister, Brandschutz, Entsorgung, Fassadenreinigung, etc.

Die verbindliche Festlegung der Bildungsinhalte muss nach erfolgter Zielgruppen- und Aufgabendefinition in Absprache mit den drei beteiligten Hauptakteuren (Wohnungsunternehmen, Maßnahmenträger, Bildungsträger) und dem Arbeitsamt erfolgen.

7.4 Fazit: Diskussionsbedarf zwischen den Akteuren

Es wurde deutlich, dass momentan zur weiteren Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes ein erheblicher Diskussionsbedarf zwischen den Akteuren besteht. *empirica* schlägt daher vor, dass alle Interessierten auf Seiten der Wohnungsunternehmen und der Träger sich zu einem Gespräch gemeinsam mit dem Arbeitsamt zusammenfinden und das weitere Vorgehen klären. *empirica* erklärt sich bereit die Organisation (Räumlichkeiten, Einladungen, Moderation) dieser Gesprächsrunde zu übernehmen. Die zentralen Themen bilden die drei Bereiche: Zielgruppendefinition, Aufgabendefinition und Festlegung der Qualifikationsinhalte.

Falls von den Teilnehmern gewünscht, kann ein Vertreter des Berliner Projektes zwecks Erfahrungsaustausch an der Gesprächsrunde teilnehmen.

8. Exkurs: Wie könnte die praktische Projektumsetzung für die Wohnungsunternehmen aussehen?

Die folgenden Aussagen dienen zur Veranschaulichung möglicher Aufgabenbereiche, die von den Jugendlichen im Rahmen des Projektes durchgeführt werden. Die genaue Gestaltung des Arbeitsalltags der Jugendlichen muss noch im Einzelfall (vgl. Punkt 7) geklärt werden (Anmerkung: diese Skizzierung des Arbeitsalltags beruht auf der Annahme, dass das Projekt über das Arbeitsamt nach Artikel 9 des Jugendsofortprogramms gefördert wird. Gegebenenfalls ergeben sich andere Fördermodalitäten).

- Zunächst muss eine Wohnung im Erdgeschoss, möglichst in zentraler Lage, als Sitz und Vor-Ort-Büro der Servicestation bereitgestellt werden. Die Räumlichkeiten dienen den Jugendlichen und den Anleitern (ein Handwerker und ein Sozialpädagoge) im Projekt als Leitzentrale. Dort treffen sich die Jugendlichen, legen ihre Arbeitskleidung an und besprechen die Aufgabenverteilung für den Tag. Die Jugendlichen können hier ihre Sachen unterstellen und ihre Mittagspause verbringen. Außerdem dient diese Wohnung als Anlaufstelle für die Mieter und Bewohner der Genossenschaft.
- Die Räumlichkeiten werden in einem ersten Schritt von den Jugendlichen unter Anteilung eines Handwerkers, der im Rahmen des Projektes über ABM bezahlt wird, mit einfachen Mitteln hergerichtet. Inwieweit Kosten für das Wohnungsunternehmen, beispielsweise für Farbe oder ähnliches anfallen, muss noch im Detail mit dem Träger der Maßnahme geklärt werden. Der Träger der Maßnahme erhält für jeden jugendlichen Projektteilnehmer einen Sachkostenzuschuss von 500,- DM pro Monat. Dieser Sachkostenzuschuss könnte für die Herrichtung der Servicestation verwendet werden.
- Die Aufgaben, die die Jugendlichen übernehmen sollen, müssen durch einen Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens formuliert werden. Das bedeutet, dass ein Hausmeister oder Haustechniker

bzw. die Person, die den Einsatz der Haustechniker koordiniert, mit dem Handwerker des Projektes relativ eng zusammenarbeiten muss. Konkret kann das so gestaltet werden, dass einmal pro Woche durch den Handwerker und die Jugendlichen eine Gebietsbegehung mit umfassender Mängelersfassung durchgeführt wird. Beispielsweise können besonders verschmutzten Grünanlagen, Hauseingängen, Müllsammelstellen oder Beschmierungen mit Graffiti erfasst und dokumentiert werden. Die dokumentierten Missstände können dann in Absprache mit dem verantwortlichen Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens durch die Jugendlichen unter Anleitung des Handwerkers behoben werden. Um keine künstliche Konkurrenz zu den „normalen“ Aufgaben des Hausmeisters oder Haustechnikers zu schaffen, sollen bewusst die Dinge erledigt werden, die nicht mehr in den Aufgabenbereich des Hausmeisters fallen oder aufgrund ihrer Massivität nicht im normalen Arbeitsalltag des Hausmeisters erledigt werden können.

9. Kontaktpersonen

▪ Maßnahmenträger:

Trägerwerk Soziale Dienste Sachsen-Anhalt e.V.

Jakobstraße 7

06118 Naumburg

Ansprechpartnerin: Herr Schmittchen (Tel.: 03445 / 200017)

▪ Wohnungsunternehmen:

▪ Hallesche Wohnungsgesellschaft HWG

Magdeburger Straße 36

06112 Halle/Saale

Ansprechpartnerinnen: Frau Ehrlich (Tel.: 0345/5272100), Frau Schult (Tel.: 0345/5272300)

▪ Wohnungsgenossenschaft „Freiheit“

Freyburger Straße 3

06132 Halle/Saale

Ansprechpartner: Herr Böhme (Tel.: 0345/7754204)

▪ Wohnungsgenossenschaft „Frohe Zukunft“

Leibnitzstraße 1a

06118 Halle/Saale

Ansprechpartner: Herr Stavenhagen (Tel.: 0345/5300111)

▪ WG „Leuna“ eG

Hemmingwaystraße 19

06126 Halle/Saale

Ansprechpartner: Herr Marakowski (Tel.: 0345/67340)

- BWG Halle-Merseburg

Johann-Sebastian-Bach-Straße 7a

06124 Halle/Saale

Ansprechpartner: Herr Haake (Tel.: 0345/6930301)

- **Programmbegleitung:**

empirica

Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH

Kurfürstendamm 234

10719 Berlin

Ansprechpartner: Frau Kemper (Tel.: 030 / 884795-84)

V. ERGEBNISPROTOKOLL DES PROJEKTWORKSHOPS „SERVICESTATIONEN SILBERHÖHE“ AM 14. DEZEMBER 2001

Erste Ergebnisse und weiteres Vorgehen

- **Zusammenarbeit mit dem Maßnahmenträger** Herr Winderle (b.i.g. schule sicherheit gmbh) nimmt Kontakt zu einem Maßnahmenträger (Trägerwerk Soziale Dienste sachsen-Anhalt e.V.) auf, mit dem er bereits in der Vergangenheit gut zusammengearbeitet hat und wird versuchen, diesen als Kooperationspartner für das Projekt zu gewinnen. Bis zum 15. Januar 2002 wird Herr Winderle ein Papier verfassen, in dem die mögliche Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen dem Bildungsträger und dem Maßnahmenträger im Projekt dargestellt wird. Daraus ergibt sich bereits eine erste auf die Situation in Halle-Silberhöhe zugeschnittene Projektskizze.
- **Treffen mit dem Arbeitsamt:** In der Woche nach dem 15. Januar 2002 wird ein Treffen zwischen dem Bildungsträger, dem Maßnahmenträger, empirica und dem Arbeitsamt stattfinden, um das weitere Vorgehen der Antragstellung für die Qualifizierungs-ABM mit dem Arbeitsamt abzusprechen.
- **Arbeitsgruppe Silberhöhe:** Am 22. Januar findet bei der WG „Freiheit“ in der Freybourger Straße 3 ein Treffen der Arbeitsgruppe Silberhöhe statt. An diesem Termin wird der aktuelle Sachstand erörtert und das weitere Vorgehen abgestimmt (Antragsstellung beim Arbeitsamt, Kooperationsvereinbarung zwischen den Wohnungsunternehmen und den Maßnahmen- und Bildungsträgern).
- **Wohnungsunternehmen:** Parallel zu diesen Aktivitäten werden die Wohnungsunternehmen bis zum 22. Januar Absprachen zur praktischen Ausgestaltung des Projektes erarbeiten. Gegebenenfalls werden neben den am Workshop beteiligten Wohnungsunternehmen (WG „Freiheit“, WG „Frohe Zukunft“, HWG) weitere Wohnungsunternehmen in das Kooperationsprojekt einbezogen. In einzelnen sind folgende Sachverhalte zu klären:
 - Aufgabendefinition bzw. Stellenbeschreibung für die Jugendlichen: Es muss belegt werden, dass die Arbeiten ohne eine Förderung nicht durchgeführt werden würden. Diese Zusätzlichkeit der Arbeiten ist für das Arbeitsamt besonderes wichtig. Außerdem muss deutlich werden, dass die Arbeiten nicht im normalen Arbeitsalltag der festangestellten Hausmeister, Haustechniker und Gärtner erledigt werden können, da das Ausmaß der anfallenden Reinigungs- und Renovierungsarbeiten durch die extreme Konzentration von problematischen Bewohnern ein normales Maß übersteigt.

- Festlegung in welchen Bereich der Silberhöhe und in welchen Gebäude die Servicestation eingerichtet werden soll. Die Servicestation sollte in einem zentralen Bereich, möglichst in einer gut sichtbaren Erdgeschoss-(Laden-)Wohnung untergebracht werden.
- Klärung der konkreten Zusammenarbeit der Wohnungsunternehmen im Projekt. Eine Kooperationsvereinbarung ist zu formulieren, die Aussagen zur Finanzierung bzw. Kofinanzierung folgender Aspekte macht: Arbeitskleidung, Öffentlichkeitsarbeit, Gestaltung der Servicestation (Möblierung, Farbe, Fußboden, etc.), Ausstattung der Servicestation (Telefonanschluss, Werkzeug, Werkstoffe, etc.), Übernahme der laufenden Betriebskosten (Heizung, Strom, Wasser, Telefon, etc.).
- **Stadt Halle:** Die Stadt Halle, vertreten durch Frau Neubert, hat ihre volle Unterstützung für das Projekt zugesagt. Frau Neubert wird die Oberbürgermeisterin Frau Häußler und den Dezernenten für Planen und Umwelt Herrn Busmann über die Ergebnisse des Projektworkshop informieren. Es ist geplant, dass parallel zur Antragsstellung ein Brief der Oberbürgermeisterin an das Arbeitsamt geschickt wird. Der Brief soll die besondere Relevanz des Projektes für die Stadtteilentwicklung betonen und deutlich machen, dass das Projekt aus Sicht der Stadt Halle vor dem gesamtstädtischen Hintergrund als förderwürdig eingeschätzt wird.
- **empirica:** empirica wird zusätzlich die Oberbürgermeisterin Frau Häußler in einem Brief über die Ergebnisse des Projektworkshop informieren und Sie ebenfalls bitten, ihre Projektunterstützung gegenüber dem Arbeitsamt, deutlich zu machen.

Ausblick:

- Falls alles wie geplant umgesetzt wird, kann im Frühjahr 2002 (eventuell am 1. April oder am 1. Mai 2002) die Servicestation eröffnet werden. Geplant ist, dass zur Eröffnung eine Pressekonferenz mit der Oberbürgermeisterin Frau Häußler einberufen wird. empirica wird die Organisation dieser Pressekonferenz übernehmen.
- Bereits im Vorfeld werden nach erfolgreicher Prüfung des Förderantrags durch das Arbeitsamt die Bewohner der Silberhöhe über das Projekt in den Mieterzeitungen der Wohnungsunternehmen und in der Stadtteilzeitung des Gebietsmanagements informiert. Es werden gezielt arbeitslose Jugendliche im Stadtteil über das Projekt informiert, um insbesondere Jugendliche aus Halle-Silberhöhe als Projektteilnehmer zu gewinnen. Die Information der arbeitslosen Jugendlichen erfolgt außerdem über die im Stadtteil ansässigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sowie durch die Clearingstelle der Jugendberufshilfe der Stadt Halle. Ein entsprechende Rundbrief wird von empirica an die Einrichtungen geschickt.

VI. BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN – AUSGEWÄHLTE ZEITUNGS-ARTIKEL

1. „Die Platte geht, der Park kommt“

DIE WELT, 06.01.2001

Die Platte geht, der Park kommt

Der Abschied von der Erziehungsarchitektur beginnt: Halle plant das Ende der "soz. Stadt" - Debatte

Von Dankwart Guratzsch

Halle an der Saale wird zur Modellstadt für den Rückbau und Abbruch von Plattenbaugebieten. In keiner Großstadt ist bisher so detailliert und konsequent an der Formulierung neuer städtebaulicher Ziele im Sinne von Urban 21 und der Habitat-Agenda von Istanbul gearbeitet worden. Die jetzt vorgelegte Planungsstudie - erstmals kein "Be"bauungs-, sondern ein "Ab"bauungsplan - bedeutet eine Kehrtwende des Städtebaus um 180 Grad. Sie ist vorbildlos in der deutschen Stadtbaugeschichte. Allerdings hat gerade Halle Altlasten des "sozialistischen Städtebaus" wie kaum eine zweite deutsche Stadt zu schultern.

Die "soz. Stadt" - eine Abkürzung, die den Städteplanern schon in den zwanziger Jahren geläufig war - ist streng genommen kein Erbe der DDR, sondern ein Produkt der großen Umwälzungen, die das Bauhaus und die Planungsheroen des 20. Jahrhunderts, die Le Corbusier, Ernst May, Martin Wagner nach dem Ersten Weltkrieg eingeleitet haben. Da auch der Städtebau des westlichen Deutschland von dieser Umwälzung geprägt worden ist (May übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweise die Leitung der größten Wohnungsbaugesellschaft der Welt, der "Neuen Heimat", die auf den Bau von Großsiedlungen prägend gewirkt hat), wird in Halle nur vorweggenommen, was auch westdeutschen Großsiedlungen blühen wird: der flächenhafte Abbruch.

Deshalb ist der Plan, den Halles Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler zusammen mit ihrem Planungsdezernenten Friedrich Busmann jetzt vorgelegt hat, ein mutiges Dokument. Er beschreibt den Abschied von den Stadtvertretungen eines Planungsestablishments, das den Städtebau als Instrument der Gesellschaftspolitik gebrauchen wollte. Die Altstädte mit ihrer bürgerlichen Kultur und Eigentumsstruktur sollten untergehen. Ersetzen wollte man sie durch die "soz. Stadt" und "Neue Heimat", die man sich als Brutstätte eines Zukunftsgeschöpfes, des "neuen Menschen", vorstellte. Für widerspenstige Bewohner, die sich der neuen Sehweise nicht anbequemen mochten, wusste schon Bauhauschef Walter Gropius ein Rezept: Sie sollten "erzogen" werden.

Nach dem vorläufigen Ende der "Erziehung" stehen Städte und Bauwirtschaft vor einem Problem, für das es in der Geschichte keine Parallele gibt: Eine Million Wohnungen in den neuen Bundesländern finden keine Mieter mehr. Das hat nur bedingt etwas mit Abwanderung und Bevölkerungsschwund zu tun. Denn wer die Wahl zwischen verschiedenen Wohnungstypen hat, wird diejenigen bevorzugen, die ihm gefallen. Die uniformen Großsiedlungen zählen offenbar nicht zu ihnen.

Halle, die einzige deutsche Großstadt, die den Weltkrieg fast unbeschadet überstanden hatte, gehörte zu DDR-Zeiten zu den Hauptaktionsfeldern des "soz. Städtebaus". Die unzerbombte Altstadt wurde dem Verfall preisgegeben, für die Beschäftigten der Industriekombinate wurden Großsiedlungen in Plattenbauweise aus dem Boden gestampft. Am Tag der Wiedervereinigung war der Stadtumbau zur Hälfte abgeschlossen. Jeder zweite von 300 000 Einwohnern erfreute sich der Privilegien der "Platte".

Was Halle heute zum Modellfall macht, ist der Ehrgeiz, mit dem in der Euphorie der Wende versucht worden ist, die sozialistische Errungenschaft der Großsiedlungen zu retten. "Hunderte von Millionen", so die Oberbürgermeisterin in einer ernüchternden Bilanz, "sind in den zehn Jahren seit der Wende in die Modernisierung der Großsiedlungen geflossen." Heute muss sie sich eingestehen, dass es vielfach Fehlinvestitionen waren: "Der Leerstand erfasst auch Wohnungen, die modernisiert oder teilmodernisiert worden sind", und zwar selbst an "städtebaulich bedeutsamen Standorten, zum Beispiel entlang der Magistrale".

Die Zukunft sieht nach Überzeugung von Baudezernent Friedrich Busmann weitaus düsterer aus. Das Mitglied der Leerstandskommission der Bundesregierung prophezeit, dass sich dieser Leerstand von heute 20 auf "zukünftig mindestens 30 Prozent" erhöhen werde. Schon jetzt zeichne sich eine "Schwächung der Sozialstruktur" ab: Der Anteil älterer Bewohner, der Ausländer, der Sozialhilfeempfänger sowie die Arbeitslosenquote (24,5 Prozent) übersteigen den gesamtstädtischen Durchschnitt.

3. „Vor allem Hochhäuser sollen weg“

Mitteldeutsche Zeitung 16.05.2001

Vor allem Hochhäuser sollen weg

Karten zeigen Gebiete

Halle/MZ/asc. Die Stadtverwaltung und die Wohnungsunternehmen legen sich noch nicht konkret darauf fest, welche Häuser auf der Silberhöhe und in Neustadt im einzelnen abgerissen werden sollen. Allerdings wurden gestern Karten vorgestellt, aus denen zumindest ersichtlich ist, welche Gebiete in den beiden Stadtteilen besonders betroffen sein werden.

Demnach geht es in Neustadt vor allem um Viertel südlich der Magistrale in Richtung Bundesstraße 80, nämlich um die Wohnkomplexe 5 und 6 (im Westen) sowie 7 (im Osten). Im geringeren Umfang sollen auch aus den Wohnkomplexen 4 und 8 nördlich und 1 südlich der Magistrale Häuser entfernt oder wenigstens um einige Etagen gekürzt werden.

Auf der Silberhöhe soll den Karten zufolge zunächst vor allem in den Wohnkomplexen 7 und 8 (westlich und südlich der Karlsruher Allee Richtung Saale) abgerissen werden sowie innerhalb des Rings in den Komplexen 3 und 5. Zum Wohnkomplex 8 gehört übrigens auch der Rohrweg, in dem die Wohnungsgenossenschaft „Frohe Zukunft“ derzeit bereits die ersten Blocks entkernt. Verschwinden werden in beiden Stadtteilen vor allem elfgeschossige Hochhäuser, in denen besonders viele Wohnungen leer stehen.

4. „Leerstand in Halle wächst“

Mitteldeutsche Zeitung 16.05.2001

Leerstand in Halle wächst

Ein Blick auf die Zahlen

Halle/MZ. Immer mehr Wohnungen in Halle stehen leer, immer mehr Menschen ziehen weg, vor allem aus den Großsiedlungen. Nach von der Stadtverwaltung vorgelegten Prognosen werden bis zum Jahr 2010 mehr als 20 000 Menschen Neustadt und der Silberhöhe den Rücken kehren. Die Zahlen im einzelnen:

Leerstand in Halle insgesamt:
23 000 Wohnungen

Leerstand in Neustadt: 6 200
(von 35 300)

Leerstand auf der Silberhöhe:
3 440 (von 14 471)

Leerstandsprognose für 2010 in Halle insgesamt: 40 000 Wohnungen

Einwohner in Neustadt: 58 181
Prognose für 2010: 43 000

Einwohner auf der Silberhöhe:
22 125
Prognose für 2010: 15 000

Geplanter Abriss in Neustadt bis 2010: 4 500 Wohnungen (davon bisher über 2000 Wohnungen im Konsens mit den jeweiligen Wohnungsunternehmen)

Geplanter Abriss auf der Silberhöhe bis 2010: 4 500 Wohnungen (davon bisher 2 795 Wohnungen im Konsens mit den Wohnungsunternehmen).

5. „Konzept gegen Leerstand: Abriss und Neugestaltung“

Sonntagsnachrichten 29.05.2001

Konzepte gegen Leerstand: Abriss und Neugestaltung

HALLE (fs). Halles Stadtverwaltung will „der Platte eine Chance geben“ – und deshalb sollen in den nächsten zehn Jahren jeweils 4500 Plattenbau-Wohnungen in den Stadtteilen Silberhöhe und Halle-Neustadt von der Bildfläche verschwinden. Bereits in wenigen Tagen soll die Abrissbirne am Rohrweg (Silberhöhe) erstmals schwingen.



Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klappt allerdings gegenwärtig noch ein erhebliches Loch, denn wie Halles Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler und Planungs-Dezernent Friedrich Busmann in dieser Woche vor der Presse sagten, besteht mit den Wohnungsgesellschaften derzeit nur ein Konsens zum Abriss von 2795 Wohnungen auf der Silberhöhe und knapp über 2000 Wohnungen in der Neustadt. Auf eine zeitliche Abfolge wollte sich Busmann nicht festlegen lassen. Dies würde wesentlich von den finanziellen Möglichkeiten der Wohnungsgesellschaften, die die Hauptlast der rund 90 Millionen Mark teuren Aktion zu tragen hätten, abhängen sowie von den entsprechenden Förderungen, sagte der Planungschef.

Trotz der Abwanderungsentwicklung und des geplanten Abrisses, die sogenannten Neuordnungskonzepte wurden auf Grundlage der Leerstandsentwicklung erarbeitet, werden beide Stadtteile auch künftig die Größenordnung von Mittelstädten behalten, ist sich die Oberbürgermeisterin sicher.

Auch wenn die Stadtverwaltung zwischen Abrisskonzepten und „Urbans 21“ keinen direkten Zusammenhang sehen, so ist sicherlich eine völlige Trennung nicht möglich. Deshalb ist zu erwarten, dass der Abriss auch am kommenden Dienstag, 22. Mai, diskutiert wird, wenn die Stadtverwaltung ab 17 Uhr zur Anhörung für die Bürger des Stadtteiles Silberhöhe ins Schulungsgebäude Kreuzerstraße 12, einlädt.

Bereits am Freitag gab es im Neustädter KulturTREFF die Anhörung für die Einwohner von Halles größtem Stadtteil.

6. „Bürger: Unverständnis für Entscheidung der Stadtverwaltung“

Sonntagsnachrichten 29.05.2001

Bürger: Unverständnis für Entscheidung der Stadtverwaltung

HALLE (ab). Am Dienstag fand die inzwischen fünfte Stadtteilkonferenz der Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler statt. Diesmal waren die Bürger des Wohngebietes Silberhöhe angesprochen. Im Vorfeld der Veranstaltung im Bürgerzentrum in der Kreuzerstraße in Halle lief eine Anhörung bezüglich der geplanten Vergabe der Urban 21-Mittel.



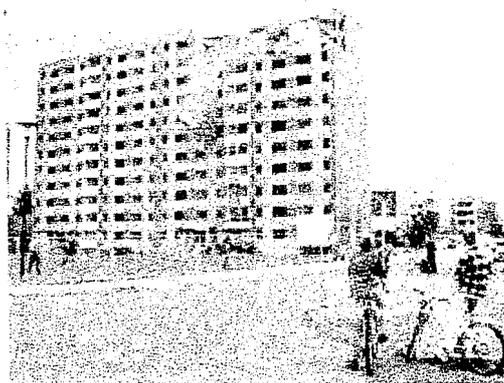
Nach Monaten heftiger Diskussionen um Urban 21 und die Konflikte, für welchen Stadtteil, Neustadt oder Silberhöhe, die Unterstützung des Landes bewilligt werden soll (SN berichtete), hatte sich Häußler am Dienstagabend sprichwörtlich in die Höhle des Löwen gewagt... Viele Anwohner des vom Wohnungsleerstand arg geplagten Stadtgebietes waren schon im Vorfeld ziemlich sicher, dass die Entscheidung zuungunsten der Silberhöhe fallen würde. Und dennoch waren die zahlreichen Anwesenden schockiert als die Oberbürgermeisterin den Vorschlag der Stadtverwaltung mitteilte, die Urban 21-Gelder für Neustadt investieren zu wollen. Die meisten Bürger waren darüber entsetzt und attackierten Häußler mit Vorwürfen, sie würde damit den Stadtteil dem Verfall preisgeben. Es sei ohnehin schon fast zu spät für die Silberhöhe und mit dieser Entscheidung sei dann alles vorbei. Zu viele Anwohner säßen bereits auf gepackten Koffern und würden nun auch die letzte Hoffnung verlieren, so die nahezu einhellige Meinung der Bürger. Nur mühsam konnte die Oberbürgermeisterin die Fassung bewahren: „Man tut so, als seien die Urban-Gelder die einzige Rettung – das ist alles Quatsch.“ Mit Unterstützung des Dezernenten für Planen und Umwelt, Friedrich Busmann, erläuterte sie die Hintergründe für diese Entscheidung. Für eine Zuwendung durch das Land müssten bestimmte Bedingungen erfüllt sein, so die einkalkulierbare Schaffung von Arbeitsplätzen, die mögliche Umsetzung eines Stadtteilmanagements, der Schutz der globalen Umwelt oder die Förderung der Chancengleichheit. Diesbezüglich biete Neustadt die besten Voraussetzungen, so Busmann.

7. „Abriss auf der Silberhöhe hat begonnen: Erstes Hochhaus fällt“

Sonntagsnachrichten 11.06.2001

Abriss auf der Silberhöhe hat begonnen: Erstes Hochhaus fällt

HALLE (ab). Im Frühjahr letzten Jahres informierte die Wohnungsgenossenschaft (WG) „Frohe Zukunft“ e.G. betroffene Mieter über den geplanten Abriss einzelner Elfgeschosser im haleschen Stadtteil Silberhöhe (SN berichtete). Am Donnerstag war es nun soweit. „Abriss frei“ für das erste Hochhaus.



Bereits im Juli letzten Jahres hatte der Vorstandsvorsitzende der WG „Frohe Zukunft“, Siegfried Stavenhagen, in einer Bürgerversammlung die Hintergründe für die Abrissvorhaben erläutert. Mit einer Gegenüberstellung der Kosten versuchte er, die Mieter davon zu überzeugen, dass Abriss wesentlich günstiger sei als der Erhalt überwiegend leerstehender Hochhäuser. Trotz heftiger Diskussionen und teilweise Unverständnis der Bürger war der Beginn der Abbaumaßnahmen in dieser Woche ein freudiges Ereignis. Dort, wo jetzt noch Teile des Elfgeschosser Rohrweg 1 und 3 erkennbar sind, soll bald eine Vereinssportanlage entstehen. Im Laufe des Jahres sollen weitere Hochhäuser in der Silberhöhe verschwinden. Der so entstandene Platz wird in der Zukunft sicher für ein besseres Image der Silberhöhe beitragen und die statistischen Leerstandszahlen senken. Für Stavenhagen sei dies eindeutig der Beginn eines Aufwertungsprozesses des Stadtteils. Und das habe sich die WG einiges kosten lassen.

Allein für die Entmietung beziehungsweise den Leerzug und damit verbundene Ersatzleistungen für die Mieter der entsprechenden Elfgeschosser habe die Genossenschaft bislang insgesamt 4.254.000 Mark ausgegeben, so Stavenhagen am Donnerstag gegenüber der Presse. „Leider haben wir für den Abriss keine Fördermittel bekommen... aber eine gewisse Entlastung von den Abrisskosten ist jetzt zumindest dadurch gegeben, dass die Abbrucharbeiten über eine ABM-Vergabemaßnahme erfolgen,“ erklärte der Vorstandsvorsitzende der WG.

Innerhalb der nächsten vier Wochen soll der Block Rohrweg 1 und 3 nun vollständig abgetragen sein.

8. „Aufbau Ost – Die schwindende Stadt“

Die Zeit, 28.06.2001

AUFBAU OST

Die schwindende Stadt

Abriss und Aufbau, Menschenflucht und Gründerertrotz - in Halle ballt sich die ostdeutsche Gegenwart

Von Christoph Dieckmann

In Görlitz wuchs sie auf. Chemie studierte sie in Dresden. Das waren Städte, keine Plattengebiete wie dieses HaNeu, wo das Buna-Kombinat die junge Absolventin einzuschachteln versprach. Sie floh zurück nach Dresden, warf sich aufs Bett und heulte: Niemals fang ich dort an! Aber sie hatte ja Mann und Kind. Sie brauchte, was Buna bot: Wohnung, Forschungsarbeit, Krippenplatz. Sie sagte zu. Das war 1968.

So zogen hunderttausend aus allen Ecken der DDR in die Muster-Polis der proletarischen Republik. Frühmorgens strömten sie in die Kombinate, abends kehrten sie ermattet heim, kauften rasch noch das Nötige, sahen etwas fern, schliefen, erwachten ... Die Schlafstadt atmete sie ein und aus und ein. Halle-Neustadt, Silberhöhe, Heide-Nord waren Erschöpfungsorte der großindustriellen Vollbeschäftigung. Bestenfalls am Wochenende interessierte, dass da unweit Halle lag, mit Theater, Musik, Galerien, mit Kirchen und Burgen einer zwölfhundertjährigen Geschichte.

Aber Halle starb. Im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört, wurde Deutschlands größtes Altstadt-Ensemble von der SED-Obrigkeit dem Verfall überlassen. Die Häuser bröckelten und sackten, teils half der Bagger nach, Buna und Leuna beluden die Luft und vergifteten die Saale. Dafür rammte am Bahnhof das Revolutionsmonument ein Bündel Titanenfäuste in den Schwefelhimmel. Das Trumm steht noch, bereichert um die schwarzrotgoldne Jahreszahl 1990, die allerdings kein proletarisches Jubeljahr bezeichnet. Zehntausende Chemiearbeiter verloren nach der Wende ihre Arbeit. Halles Einwohnerzahl sank um ein Viertel unter 250 000; für das Jahr 2010 sind 210 000 prognostiziert. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent (Neustadt: 27,8). Aber die Altstadt erholte sich, die Luft, der Fluss, und die junge Absolventin von 1968 ist heute Oberbürgermeisterin: Ingrid Häußler.

Wir besuchen sie, später. Heute müssen wir zur Silberhöhe. "Der Abriss beginnt!", verkündet die Pressemappe der Wohnungsgenossenschaft Frohe Zukunft, deren Vorstand Siegfried Stavenhagen uns die Lage schildert: Von 14 500 Wohnungen sind 3500 unbewohnt. Gigantische Leerstandskosten. Unaufhörliche Abwanderung - ins Eigenheim, zum Job. Nicht die Arbeit folgt der Wohnung, spricht Herr Stavenhagen, sondern die Wohnung folgt der Arbeit. Man wolle die Talfahrt stoppen und die Neubaubestände marktfähig machen, sanieren, attraktiv umbauen. Das Wohngebiet werde aufgelockert. Fürs Erste verschwänden die Elfgeschosser. Punkt 13 Uhr, Am Rohrweg 1, greife der Bagger an.

Warum sprengen Sie nicht?

Aus psychologischen Gründen.

Silberhöhe - ein Biotop der Zeitenwende. Grau ist der Beton, wie die Neuen Menschen, die hier vor 20 Jahren Heimat gründeten. Aus Setzlingen wurden Bäume, Hecken wuchern, die Luft schmeckt nach Buschwindrosen. Kinder karrölen durchs weite Grün. Zwei helllichte Zecher wandeln einher und entlarven im feinsten halleschen Drecksdeutsch die Übel der Neuzeit. Buna, Leuna, bloß noch Computerschämie, de Menschen haunse fort, hier zahlste 812 Mark Miete, zu Ostzeiten 128 for vier Zimmer, de Stadt hat's janze Pulver uff Neustadt jelächt, wir wern verjessen, Ghetto, das letzte Rad am Waren, Ausländer rin, das is schon prophezeit. Schreib's uff, ich bin der Herr Jaenecke.

Da gab's doch beim HFC den Torwart.

Jenau, das war mein Neffe.

Hieß der nicht Helmut?

Nee, nee, nee, nee. (Zum Kollegen:) Sach mal, mein Neffe, wie hat der jeheißen?

Musste doch wissen.

Nee, ich weeiß bloß, wie alt ich bin. Warte mal - nee, ich komm nich druff. Jedenfalls stand der im Tor.

Abdul, noch ä Bier! So schallt's im Imbiss-Eck. Das Bier kommt, immer das nächste. Die Zeit fällt aus der Uhr. Die Männer grübeln leer. Teenie-Gören rauchen, spielen Karten. Abdul zapft und brutzelt. Eigentlich heißt er Cafar Saide. Kam 1981 aus Mosambik, arbeitete im Schlachthof, durfte nach der Wende bleiben. Seine Frau ist Deutsche, der Sohn zwölf Jahre alt. Wenn er groß ist, wollen sie alle nach Mosambik. Dreimal war die Frau schon mit; es habe ihr sehr gefallen.

Sind die Leute hier freundlich zu Ihnen?

Die Älteren. Die Jungen überlegen nicht, wenn besoffen sind.

Glauben Sie, im Westen ist es besser?

Da ist anderer Rassismus: Kratzt du mich nicht, kratz ich dich nicht. Bist mir egal. Hier wollen abreagieren. Eigentlich wollen Arbeit, Geld verdienen, Auto leisten, Freundin, dann schon ruhiger.

Jetzt schlägt die Stunde. Am Rohweg observiert das Volk den hohlfenstrigen Koloss, zu dessen Häupten nun die Abrissbirne niedersaust. Die Decke birst. Dann schmettert der Granit in die Außenwand. Dann malmt die Abbruchzange. Die erste Platte rast erdwärts. Die Kinder jauchzen, die Alten blicken klamm. Das hat man nu mitgebaut. Da hat man nu Jahre drin jewohnt.

Im achten Stock haste jewohnt, nich im elften. Heul nich, die Buden müssen weg.

Mit soner Birne möchtch mich och mal austoben. Der Mann is heut abend heime wie ein Lamm.

Der macht da weiter. Die arme Frau.

Die Abrissmänner entweichen, als der Reporter naht. Einer hält stand: Mir tut's nich leid, ich sag's, wie's is. 33 Jahre Karbidschweißer bei Buna, dann hamse mich ... Das Jeld muss stimmen, was andres interessiert heute nich mehr. Mein Name? Lieber nich.

Die Silberhöhen-Kinder. Findet ihr den Abriss traurig oder eine Show?

Show! Show! Show!

Hier sind sie geboren, hier wollen sie bleiben, Fahrrad fahren, Fußball spielen, als wäre das Leben ein ewiger Nachmittag. Nur einer, Oliver, sagt: Wir sind ja in ein ganz kleines Haus umgezogen.

Darf ich euch mal besuchen?

Naa, nickt Olli und sagt die Telefonnummer auf. Aber Mutti ist noch auf Arbeit.

Wir wandern. Die Plattenstadt endet. Jenseits der Chaussee beginnt die Gegenwelt: das Dörflein Beesen mit Schieferkirche, Gutsruine und Barbara Bräunigs Krämerladen, in dessen altdeutscher Kulisse schon ihre Urgroßmutter verkaufte. An der Ortsgrenze bummelt ein hartes Silberhöhen-Paar mit Schäferhund. Kennen Sie Dörfler? - Keene, sagt der Mann. Die Frau: Würd jerne dort wohnen.

Anruf bei Olli. Kathrin Horn, die Mutter, ist nun da und höchlich unbegeistert. Olli hat schon auf den Deckel gekriegt. Wir dürfen aber kommen. Ollis ganz kleines Haus entpuppt sich als Fünfgeschosser an der Elsteraue. Niemals wieder Innenstadt, sagt Kathrin Horn. Hier draußen geht's den Kindern gut, aber was wird? In Annas 1. Klasse sind sechs Kinder, die Schule macht bald zu. Mein Mann ist Lokführer, ich verkaufe, ohne Arbeit müssten wir auch fort. Ach, reden Sie mal mit Dr. Rasch, der kann sich ausdrücken, ich bring Sie rüber.

Sie sind Absteiger der technischen DDR-Intelligenz. Und Kämpfer

Es wird ein langer Abend. Familie Rasch bewohnt ein Geisterhaus. Von 42 Wohnungen ihres Elfgeschossers Am Hohen Ufer sind noch drei belegt. Raschs ringen mit der Wohnungsgenossenschaft, die zwar den Umzug bezahlt, nicht aber die Umpassung der Einbauküche. Ich spiele nicht Michael Kohlhaas, sagt Eberhard Rasch, ich erwarte nur adäquaten Ersatz. An eine Hauptstraße wollte man uns umsetzen. Wir sind der Ruhe wegen hergezogen. Schauen Sie mal aus dem Schlafzimmerfenster.

Ein Auenmärchen. Sonnenuntergang, die Saale und die Weiße Elster gleiten ineinander, Silberreihler, selige Stille, Abendglast. Ein Frevel, hier abzureißen.

Die Raschs sind Absteiger der technischen DDR-Intelligenz. Und sie sind Kämpfer. Wir legen uns nicht mit 50 Bier trinkend in die Hängematte, sagt Eberhard Rasch. Bis 1992 war er Verfahrenstechniker bei Leuna, wo von 28 000 Arbeitsplätzen 3500 verblieben. Jetzt fährt er als Außendienstler eines Industriegummikonzerns umher; der Job steht auf der Kippe. Frau Karin, früher Außenhändlerin, wurde in den letzten beiden Jahren dreimal ar-

beitslos. Warum, grübeln sie, sind wir nicht vor zehn Jahren in den Westen gegangen? Haben ans Bleiben geglaubt, an unsere Tatkraft, unsere Chance. - Der Sohn studierte in Stuttgart und fand dort Arbeit. Tochter Nadine kommt herein, 15, eine rehägige Elfe. Ich bleib auf keinen Fall hier, sagt Nadine. In Stuttgart, da lächeln die Menschen, die Schwarzen sind selbstbewusst. Hier ist alles hart geworden, so verbissen. Ach, ich will ins Ausland, USA, Italien, wo die Menschen mehr Mentalität haben.

Morgen, sagt Eberhard Rasch, stellt uns die Frohe Zukunft den Fahrstuhl ab.

Sorge dich nicht, lebe, lacht Nadine. Eberhard Rasch zitiert seinen Vater: Mut verloren - alles verloren. Karin Rasch hört im Auto die Toten Hosen: Auf dem Weg zum Abgrund genieß ich jeden Tag.

Und jetzt das Gute: Halle ist schön, eine herzaufregende Exposition von Romantik, Geschichte und Barbarei. Sieh, wie sich Leipzigs Schmuddelschwesterchen belebt. Lauf durch die Altstadt, die Große Ulrichstraße, den unteren Boulevard, die Große Märkerstraße zum Kleinen Berlin. Die 1989 schon fast verlorenen Franckeschen Stiftungen sind trefflich restauriert. Unweit davon rettet man Halles Campo Santo, den efeuüberschlungenen Stadtgottesacker, den hundert Arkadengräfte rahmen. Ihr Schöpfer, Nickel Hoffmann, vollendete 1554 auch Halles Wahrzeichen, die kuriose Marktkirche, deren Turmgeviert ursprünglich zu zwei verschiedenen Gotteshäusern gehörte. Turmlos ist der Renaissance-Dom, benachbart von der Neuen Residenz des fürstbischöflichen Lustbocks Kardinal Albrecht von Brandenburg. Die Moritzburg-Galerie zeigt die Maler der Brücke. Händelhaus, Universität, Deutschlands einziges Beatles-Museum, das Neue Theater des allgegenwärtigen Tatort-Kommissars Peter Sodann ... - Halle ist kulturkontaminiert. Da steht eine Burg überm Thale / Und schaut in den Strom hinein / Das ist die fröhliche Saale / Das ist der Giebichenstein. In Eichendorffs Sehnsuchtsgemäuer hat 1919 Paul Thiersch die berühmte Hochschule für Kunst und Design gegründet. Am weltentrückten Rive-Ufer legen Rundfahrtschiffe ab. Die Klausberge, die Saalewiesen betten den Fluss, und damit du die dämlichen Vögel nicht hörst, jubelt der Bordfunk Kreuzberger Nächte sind lang und Klingeling, jetzt kommt der Eiermann.

Es steht ein eifernder Mann auf einem Dach. Das Dach trägt Rasen, Rosen, Stachelbeersträucher. Es krönt das Knoch-Haus Große Steinstraße 16, die Lebenssumma des halleschen Gründerzeitarchitekten Reinhold Knoch (1854 bis 1930). Das Haus erzählt Stadtvision in nuce: Geschäfte, Wohnungen, Höfe, Ateliers. Es verfällt. Retten will es der Mann auf dem Dach. Carsten Boelter heißt er, Jahrgang 1968, aus Kyritz an der Knatter. Boelter wollte Tierarzt werden. Erkannte sich ungeeignet, täglich Kühen in den Arsch zu fahren. Fand Halle, zog in dieses Haus. Begriff, was Architektur dem Menschen tut. Will eine Bauakademie gründen. Schreibt über das Knoch-Haus seine Magisterarbeit. Erzählt: Halles Fotochronist Hans Schellenberg hatte hier sein Atelier. 1968 starb er. Die Arbeiterklasse/Abteilung Wohnungsverwaltung beräumte Schellenbergs Heim. Jöhrend zerschmissen die Barbaren sein Lebenswerk, Tausende Fotoplatten, im Sperrmüllcontainer.

Am DDR-Proletarismus hat Halle immer noch zu knabbern, sagt Boelter und bewettert Kulturlosigkeit, Desinteresse an alten Werten und Säufer, die in Hauseingänge pinkeln. Was in der Altstadt glänze, sei oft innerlich kaputtaniert. Abermillionen flössen in die Satellitenstädte, wo sich eh nichts entwickle.

Warum sind Sie so klug und die Stadtoberen so dumm?

Karriereleute, sagt Boelter. In den Neubaustädten sitzen die Wählerstimmen. Hier dominiert eine Raubbau-Rationalität. Als gut gilt, was sofort Erfolg bringt, aber es gibt keine nachhaltige Wirtschaft ohne Kultur, und die braucht Zeit. In der Altstadt könnte man Eigenes fördern, Mittelstand, Handwerk, Identität. Stattdessen träumt man vom großen Investor und verbraucht rein spekulativ 50 Millionen für eine BMW-Bewerbung.

Boelter bindet sein Bleiben an dieses Haus. Stirbt es, verlässt er Halle. Wir sprachen mit vielen. Abwanderung, der Fluch des Ostens, geißelt die Stadt. Die Alten bleiben, die Jungen gehen; das Arbeitsamt rät ihnen dazu. Ich werd Lackierer in Bayern. In Frankfurt drüben sollnse Köche brauchen. Ich mach nach Köln, Rechtsanwaltsgehilfin. Berlin, KaDeWe, Wahnsinn, die Klamotten, geil. Der BMW kost 34 000, hier jenauso wie drüben, hier krieg ich 1800 Radatten off de Hand, drüben 3400, also geh ich.

Aber hier ist zu Hause.

Is egal. Wird Rentnerstadt.

Bleib doch und fahr Golf.

Könnntch machen. Keen Spaß dran.

Die Jugend verpasst ihr 68, sagt Halles Seelenkundiger, der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz. Die sind frustig, gehemmt, da fehlt 'ne konstruktive pubertäre Auseinandersetzung. Diese Fluchtbewegung erinnert mich sehr an die DDR-Ausreisewelle. Sie bleiben nicht, sie setzen sich nicht mit den Politikern auseinander, sie demonstrieren für nichts, sie laufen weg in die Illusion vom besseren Leben durch fortgesetzte Anpassung - an die neuen Verhältnisse, an die Leistungsnormen des Westens.

Herr Maaz, 85 Prozent aller Menschen sind nun mal nicht initiativ.

Ja, sagt Maaz, die Zeit ist auch noch nicht reif für die innere Auseinandersetzung. Der Westen ist so raffiniert strukturiert. Ablenkung, Faszinosum, immerzu was Neues. Ja nicht nach innen schauen, denn da sieht's schlimm aus.

Ich war heute Nachmittag draußen in Neustadt. Mitten in der Plattenwüste dieses Superraumschiff: the Mall, die Einkaufskathedrale als Mitte der Welt.

Ich sehe die rastlosen Menschen in diesen Kaufpalästen, sagt Maaz. Auf Partys, beim Laternenfest am Giebi-chenstein - die Leute schießen herum wie dauernd auf der Suche, da bricht die Sehnsucht wieder durch. Da staut sich was auf, vielleicht der große Knall.

Was ist der Kiel dieser Stadt?

Maaz sinnt lange: Weiß ich keine Antwort.

Aus München kam ein Brief. Ingrid Häußler, Halles SPD-Oberbürgermeisterin, musste ihn lesen und dann ihrer Bürgerschaft verkünden: BMW baut sein neues Werk nicht bei uns. Die große Hoffnung, Halles Marienglaube, zerstob zur altvertrauten Resignation: Unsere Stadtverwaltung is zu blöde. - An Magdeburg liegt's, am Land, am Gekungel mit der PDS. - In Sachsen beim Herrn Biedenkopf, da stimmt die Wirtschaftspolitik. Hoffentlich kriegt Leipzig BMW, da könnten wir wenigstens ein bisschen profitieren.

BMW wäre ein Segen gewesen. Und nun? Call-Center und so

Das war gestern. Heute empfängt uns Frau Häußler und lacht schon wieder, oder pfeift sie im Walde? 250 BMW-Bewerber, Halle unter den letzten zehn, das sei doch was, das habe Halle bekannter gemacht. Das erschlossene Grundstück werde man nun aggressiv vermarkten, das nachklingende Interesse nutzen. - Das Grundstück: 230 Hektar, zusammengekauft von den Dörfern Dölbau, Queis, Peißen und Reußen, monatlich Fortschrittsbericht an BMW ... Machen wir uns nichts vor, sagt Frau Häußler, alle Bewerberkommunen haben sich für BMW prostituiert.

Die Stadtchefin ist eine schöne, hiesige Frau. Nach 25 Jahren Neustadt kennt sie ihre Hallenser. Kaum jemand, sagt sie, hat der Strukturwandel so getroffen. Parole Mittelstand? Hier war nie Thüringen oder Sachsen, immer Großindustrie. BMW wäre ein Segen gewesen, der Magnet für weitere Investitionen. - Und nun? - Sie spricht von Call-Centern, High-Tech-Projekten der Universität, florierenden Gründerzentren und koordiniertem Regionalmarketing. Von innen heraus schaffe man's aber nicht; man brauche Zuzug von Unternehmen.

Voriges Jahr bei Ihrer Wahl gab es eine Beteiligung von 28 Prozent.

Waren's so viele? Die Neustadt-Bevölkerung hat ja erst nach der Wende Halle entdeckt, für die waren doch die Großkombinate Vater und Mutter. Ganz langsam wächst Identifikation, über Geschichte, Kultur. Wir geben 13 Prozent für Kultur aus, im Westen sind's sechs bis acht.

Dann müssen wir gehen, denn der Kanzler kommt. Die 50. Händel-Festspiele sind zu eröffnen, in der neuen Händelhalle, für Halles Bürger und die westlich implantierte Neobourgeoisie. Das Concerto grosso Nr. 4 wird erstrahlen, der Winchester Cathedral Choir wird Jephta singen und Gerhard Schröder (Hail, glorious conquerer!) die Zivilgesellschaft zum Aufschwung mahnen. Zuvor aber hat sich Halle am Markt um Händels Denkmal geschart. Die Salzbruderschaft der Halloren schwenkt ihre uralten Fahnen, von den Türmen bläst es Tochter Zion, freue dich, respondiert vom Halleluja des Stadsingerchors. Die unentwegten Straßenbahnen schleichen diskret durchs versunkene Volk. Harte, mürbe, verschlissene Gesichter. An einer Mauer lasen wir: Feiern? Nicht in Halle!

Warum lächelt hier niemand?

Junger Mann, man musses doch ärscht ämal innerlich uffnähm.

(c) DIE ZEIT 27/2001

9. „Halle: Erste ‚Platte‘ fällt“

DW August 2001



Wohnungsgenossenschaft (WG) „Frohe Zukunft“

Halle: Erste „Platte“ fällt

Über den Abriss von Hochhäusern wird in Halle nicht mehr nur geredet. Ein Bagger begann mit Greifer und Abrißschiere damit, das Haus Rohweg 1 auf der Silberhöhe Stück für Stück zu zerlegen. Der zur Wohnungsgenossenschaft (WG) „Frohe Zukunft“ gehörende Elftageschoss ist das erste industriell in Plattenbauweise erstellte Gebäude in Halle, das abgebrochen wird. In vier Wochen ist von ihm nichts mehr übrig. Für WG-Vorstand **Siegfried Stavenhagen** Anlass für große Worte: „Wir leiten eine neue Epoche ein“, sagte er auf einer Pressekonferenz.

Vor dem Hintergrund von rund 3.500 leeren Wohnungen auf der Silberhöhe sei Abriss eine notwendige Marktberichtigung und somit auch ein Bestandteil der Stadtentwicklung.

Eine Entwicklung mit vielen Fragezeichen: **Stavenhagen** wies nicht nur erneut darauf hin, dass es keine Fördermittel für den Abriss gebe, weshalb die Genossenschaft die Arbeiten vorfinanzieren. Er übte auch Kritik an den Banken, die die Wohnungsunternehmen finanziell zusätzlich belasteten. Hintergrund ist ein Pressur im Altschuldenhilfegesetz, wonach Bund und Land die Altschulden zurückzahlen, die auf abgerissenen Gebäuden liegen. Doch wegen langer Kredit-Laufzeiten, so **Stavenhagen**, bedeute dies eine vorfristige Rückzahlung. Die Kreditinstitute verlangten deshalb Aufschlag für eingegangene Zinsen. Der WG-Vorstand appellierte an die Banken, auf diese Forderungen zu verzichten. Erstmals nannte die Genossenschaft die konkreten Kosten für den Abriss. Für den Rohweg 1 und 3 (ein Block mit zwei Ein-

gängen) sowie die Nummer 5 und den Riedweg 2 – alle werden von einer Firma abgebrochen – liegen sie bei 1,19 Millionen Mark, 439.000 Mark davon übernimmt die WG, den Rest zahlt das Arbeitsamt, das eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bewilligte.

Auf den Kosten, die durch den Leerzug der Häuser angefallen sind – bisher 4,2 Millionen Mark, unter anderem für Umzüge und Ersatzleistungen an die Mieter – bleibt das Unternehmen indes komplett sitzen. Diese Summe dürfte sogar noch steigen, denn die „Frohe Zukunft“ will insgesamt 645 Wohnungen auf der Silberhöhe abreißen – neben den genannten die Häuser Dresdner Straße 3, Am Hohen Ufer 40 bis 42, Willi-Bredel-Straße 7 bis 9 und 45 sowie Staßfurter Straße 1 bis 3. Die Arbeiten sollen sich bis in das nächste Jahr hinziehen. Angesichts des zunehmenden Leerstandes denken **Stavenhagen** und seine Leute aber auch darüber nach, zusätzliche Mieter zu gewinnen. „Gemeinsam mit **Professor Uusheimla von der Burg** und seinen Studenten erarbeiten wir Projekte zum Komplettambau eines Elf- und eines Fünftageschossens“, berichtete der WG-Vorstand. „Wir müssen neue Zielgruppen ansprechen.“

Alexander Schierholz



10. „Mieter mit Sekt gedankt“

Mitteldeutsche Zeitung, 20.11.2001

WG-Leuna 20.11.2001

Mieter mit Sekt gedankt
Hochhäuser leer - Ex-Bewohner zufrieden
Von Martina Springer



Halle/MZ: "Wir wollten partout nicht raus." Das sagt Otto Herrmann - und meint damit die Wohnung in der Hanoiër Straße 38 auf der Silberhöhe. "Wir haben den Umzug nicht bereut." Das sagt Otto Herrmann auch - und meint damit das neue Zuhause in der Dukalenstraße 4. Der 73-Jährige und seine gleichaltrige Frau Erna gehören zu den Mietern der Wohnungsgenossenschaft (WG) Leuna, die ihr Domizil wechseln mussten - und im Nachhinein dankbar dafür sind.

Am Dienstag kam der Dank - mit Sekt und Selters, Kuchen und Schnittchen im liebevoll hergerichteten Bürgersaal in der Kreuzerstraße - von der anderen Seite. Die Wohnungsgenossenschaft hatte die 59 Mietparteien eingeladen, die seit Sommer vorigen Jahres in eine andere Wohnung zogen und so für das sorgen, was bei der WG nach den Worten des Kaufmännischen Vorstands Guido Schwarzendahl unumgänglich geworden war: Hochhäuser gänzlich leer zu ziehen, weil die ohnehin nur noch geringe Mieterzahl darin wirtschaftlich nicht mehr zu vertreten war

Die der WG Leuna gehörenden Häuser Silbertaler Straße 11 und Hanoiër Straße 37 und 38 sowie 71 bis 73 haben mittlerweile keine Bewohner mehr. Was nun damit wird, ist laut Schwarzendahl noch unklar. Vielleicht werde im nächsten Jahr mit dem Abriss begonnen. "Aber erst wenn Fördermittel aus dem Stadtumbauprogramm Ost fließen, geht es los". Die in Aussicht gestellten 120 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche würden nach den Worten des Vorstands ziemlich genau die Abrisskosten decken. "Unsere Eigenmittel dagegen wollen wir für die Modernisierung und Sanierung verwenden."

Die Zeit von den ersten Gesprächen über einen Umzug bis zur gestrigen Dankeschön-Veranstaltung sei nicht leicht gewesen. Weder für die WG noch für die Mieter. Doch Schwarzendahl sagt aufatmend: "Wir haben offenbar alles richtig gemacht." Dies leitet er vor allem aus der Tatsache ab, dass rund 80 Prozent der Mieter aus den genannten Hochhäusern bei der WG Leuna geblieben sind. Und daraus, dass die überwiegende Zahl auf der Silberhöhe wohnen blieb - und das ganz bewusst wollte.

Dazu gehören die 80-jährige Gerda Köstner und die noch fünf Jahre ältere Erika Richter. Frau Köstner wechselte von der Hanoiër Straße 73 in eine im sechsten Stock gelegene Zwei-Raum-Wohnung in der Silbertaler Straße 12. "Besonders glücklich bin ich, dass meine jetzige Küche ein Fenster hat." Für die gute Unterstützung der WG nicht nur in den bewegten Umzugstagen, sondern auch davor und danach ist sie dankbar. "Ich habe mich schon gut eingelebt." Dagegen ist Frau Richter "noch in der Phase der Eingewöhnung". Immerhin habe sie die Zwei-Raum-Wohnung im Parterre der Staßfurter Straße 19 erst im Juni bezogen. Sie sagt: "Den Umzug habe ich gut verkraftet."

Solch ein Kraftakt wird anderen noch bevorstehen. Als kleiner Trost mag gelten: Wenn es am Ende wieder ein öffentliches Dankeschön gibt, ist das Größte geschafft.

VII. LITERATUR ZUM MODELLGEBIET

- *Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Sachsen-Anhalt* (Hrsg.) (1999): „Vom Fall zum Feld“, Gemeinwesenarbeit in Projekten der Programme „Soziale Stadt“ und „Urban 21“. Magdeburg.
- *Greye, Hans-Jürgen*: Einwohner wandern ab. In: *Mitteldeutsche Zeitung*, 05.09.2001.
- *Guratsch, Dankwart*: Die Platte geht, der Park kommt. Der Abschied von der Erziehungsarchitektur beginnt: Halle plant das Ende der „Soz. Stadt“ - -Debatte. In: *Die Welt*, 01.06.2001.
- *Dieckmann, Christoph*: Die schindende Stadt. Abriss und Aufbau, Menschenflucht und Gründer-trotz – in Halle ballt sich die ostdeutsche Gegenwart. In: *Die Zeit*, 27/2001, S. 6.
- *Häußler, Ingrid*: Neue Zukunftschancen für die halleische „Platte“. Pressemitteilung der Stadt Halle, 16.05.2001.
- *Lohmann, Andreas*: Stadt will durch Abriss die Chancen der „Platte“ erhöhen. In: *Mitteldeutsche Zeitung*, 16.05.2001.
- *Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt* (Hrsg.) (1997): Arbeitsmarkt- und Sozialbericht des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- *Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt* (Hrsg.) (2001): Landesförderung in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- *Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt* (Hrsg.) (1999): Berufsbildungsbericht 1999 für das Land Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- *Petermann, Sören* (2002): Bürgerumfrage Halle 2001. Halle/Saale.
- *Rosenkranz, Jan*: Einmal Silberhöhe und zurück – Leerstand in Halle. In: *Freitag – Die Ost-West-Zeitung*, 20/2001.
- *Sahner, Heinz* (1999): Silberhöhe – Eine Großwohnsiedlung von Halle im Umbruch. Halle/Saale.
- *Seidler, Christoph*: Schröders Sommerreise: Rehaugen und hohler Braten. Der kanzler macht Station in Halle. In: *Der Spiegel*, 19.08.2001.
- *Sozialer Beratungsdienst Silberhöhe* (2001): "Wie die Silberhöhe zu ihrem Namen kam." Halle/Saale.
- *SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft* (Hrsg.) (2001): Expertise für das Bundesland Sachsen-Anhalt. Erfassung vorhandener Netzwerke und Kooperationsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung der Gebiete Soziale Stadt und E & C. Magdeburg.
- *Springer, Martina*: „Mietern mit Sekt gedankt“, Hochhäuser leer – Ex-Bewohner zufrieden. In: *Mitteldeutsche Zeitung*, 09.01.2002.
- *Stadt Halle (Auftraggeber), Architektur- und Planungsbüro Blendemann (Auftragnehmer)* (2001): Halle-Silberhöhe, Umgestaltung des nördlichen Zentrums. Halle/Saale.

- *Stadt Halle (Auftraggeber), Architektur- und Planungsbüro Blendemann (Auftragnehmer) (2000):* Entwicklungskonzeption Halle-Silberhöhe. Halle/Saale.
- *Stadt Halle (Auftraggeber), Architektur- und Planungsbüro Blendemann (Auftragnehmer) (2000):* Pilotprojekt für den Gebäudeabbruch Halle-Silberhöhe - Dokumentation. Halle/Saale.
- *Stadt Halle, Einwohner- und Statistikamt (Hrsg.) (2001):* Sonderveröffentlichung: Halle und sein Umland. Halle/Saale.
- *Stadt Halle, Einwohner- und Statistikamt (Hrsg.) (2000):* Freizeit und Erholung in der Stadt Halle. Halle/Saale.
- *Stadt Halle, Einwohner- und Statistikamt (Hrsg.) (2000):* Sonderveröffentlichung: Bevölkerung in Halle, Bestand und Struktur am Stichtag 31.12.1997 und Bevölkerungsprognose bis 2010. Halle/Saale.
- *Stadt Halle, Einwohner- und Statistikamt (Hrsg.) (1995):* Sonderveröffentlichung: Gebäude- und Wohnungszählung 1995. Halle/Saale.
- *Stadt Halle, Einwohner- und Statistikamt (Hrsg.) (1992):* Sonderveröffentlichung: Bestand und Struktur der Bevölkerung zum Stichtag 31.12.1992. Halle/Saale.
- *Stadt Halle (Auftraggeber), Institut für Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Leipzig (Auftragnehmer) (1999):* Wohnungsmarktprognose für die Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2012. Halle/Saale.
- *Stadt Halle (Auftraggeber), S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung (Bearbeiter) (2000):* Landesinitiative URBAN 21, Handlungskonzept für den Stadtteil Silberhöhe. Halle/Saale.
- *Wätzold, Jan:* Bäume folgen Plattenbauten – Abriss in der Silberhöhe. In: Mitteldeutsche Zeitung, 10.08.2001.